

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Vilhelm la Cour (Aus „Grænsevagten“, Heft 2/1968)</i>	
Die Grenzfriedenshefte – wie ein Däne sie sieht	65
<i>Jan E. Janssen</i>	
Dänemark — wie die Bundesrepublikaner es sehen	66
<i>Heinz Dähnhardt</i>	
Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft?	68
<i>Hans Peter Johannsen</i>	
Zur gegenwärtigen Situation im Grenzlande.....	75
<i>Vilhelm la Cour (Aus „Grænsevagten“, Heft 3/1968)</i>	
„Nordisk ansvar“ ein Vorzeichen des Schleswigertums.....	79
<i>Martin Steinhäuser</i>	
Noch einmal „Schleswigertum“	81
<i>Reimut Jochimsen</i>	
Probleme der regionalen Strukturpolitik im schleswigschen Raum	86
<i>Rudolf Stehr</i>	
Wettbewerb und Chancengleichheit im deutsch-dänischen Grenzgebiet	97
<i>Erwin Lingk</i>	
Kindergartenarbeit und Chancengleichheit.....	103
<i>Zum Erscheinen der d+d-Taschenbücher</i>	
Ein Gedanke wurde verwirklicht.....	109

NEUE SCHLESWIGISCHE LITERATURBRIEFE

Politische Gegenwartsfragen
in Deutschland und Dänemark..... 114

Umschau ab Seite 119

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

DIE GRENZFRIEDENSHEFTE – wie ein Däne sie sieht

Die „Grenzfriedenshefte“ sind die „Grenzwacht“ des deutsch-schleswigschen Bevölkerungsteils, aber sie sind doch ganz anders angelegt als die entsprechende dänische Zeitschrift. Während „Grænsevagten“ die Aufgabe hat, die aktuelle volkliche Entwicklung in dem geteilten „Sønderjylland“ zu verfolgen, soweit es möglich ist, spielen die aktuellen Ereignisse und Probleme für die „Grenzfriedenshefte“ nur eine untergeordnete Rolle. Die Hauptsache sind hier kommentierende Betrachtungen über das Vergangene, in bezug zum Gegenwärtigen gesehen, also eine ruhig abwägende Haltung gegenüber den Verhältnissen durch die Zeiten.

Die dänische Zeitschrift hat ihre Berechtigung darin, so klar wie möglich „Wache“ zu halten; die deutsche sucht jenen Frieden zu erhalten, der das Ergebnis der Grenzrevision von 1920 war und der auf beiden Seiten respektiert wird, wie immer man auch die zeitweise etwas instabile Tragkraft dieses Friedens beurteilen mag. Hinter „Grænsevagten“ steht jener Mann, der diese Zeitschrift 1918 ins Leben rief und der in der landesumfassenden Organisation „Grænseforeningen“ eine Stütze gefunden hat, ohne daß dieser Verein sich den geringsten Einfluß auf die Redaktion und die Linie der Zeitschrift vorbehalten hat.

Hinter den Grenzfriedensheften steht die Organisation „Der Grenzfriedensbund“ als ausschlaggebender Faktor, und die Zeitschrift ist in sich ein Ausdruck der Gesichtspunkte der Organisation, die — das sei hinzugefügt — mit denjenigen der Redaktion übereinstimmen. Die Geschichte von „Grænsevagten“ weist Beispiele interner Konflikte zwischen der Redaktion und der Organisation auf, was bei den „Grenzfriedensheften“ nicht der Fall ist. Es wäre falsch, die eine Redaktionsform als Ausdruck des dänischen Liberalismus und die deutsche als Zeugnis autoritärer Anpassungsfähigkeit aufzufassen. Die verschiedene Auslegung der Grenzprobleme nördlich und südlich der Grenze bedingt den Unterschied, der

zutiefst in den sowohl prinzipiell als auch praktisch gesehen verschiedenen Erfahrungen der Vergangenheit wurzelt, die unterschiedliche Auffassungen über die heutigen Verhältnisse hervorruft. Deutscherseits besteht kein Grund, Wache zu halten, und auf dänischer Seite keiner zum unbedingten Glauben an volklichen Frieden. Was die Zukunft in sich birgt, muß jeder für sich erfahren und glauben.

VILHELM LA COUR in „Grænsevagten“, Heft 2/1968

DÄNEMARK — wie die Bundesrepublikaner es sehen

Bisher hat sich noch niemand so recht die Mühe gemacht, genauer nachzuforschen, wie sich das Bild des heutigen Dänemark in der Bundesrepublik spiegelt. Es scheint so, als ob dieses Bild bei vielen Landsleuten, vor allem solchen, die schon einmal als Touristen oder aus geschäftlichen oder familiären Gründen dort waren, durchweg positive Züge trägt. Dänen sind in der Bundesrepublik außerordentlich beliebte Zeitgenossen, und Dänemark ist — mit deutschen Augen gesehen — ein einigermaßen idyllisches Ländchen mit einem richtigen König wie in alten Zeiten, wo die Leute das savoir vivre begriffen haben und tüchtig sind, vor allem geschäftstüchtig, aber natürlich nicht so tüchtig wie wir Deutschen versteht sich! Es scheint überdies, daß man bei uns Dänemark (wie überhaupt Skandinavien) eine gewisse Rolle als politisches Muster zuerkennen möchte. Die skandinavischen Staaten gelten bei uns als eingespielte Demokratien, und Dänemark als Sozialstaat, als liberale Demokratie erfüllt viele von uns mit Bewunderung. Diese Bewunderung wirft natürlich auch ein Licht auf unsere eigene Position. Ganz gleich, ob „wir wieder wer sind“, die deutsche, genauer gesagt, westdeutsche Demokratie ist tatsächlich noch sehr jung, und mit Sorge, ja Bitternis registrieren manche, besonders junge Leute, die zahlreichen großen und kleinen Belastungsproben, denen sie ausgesetzt ist.

So erscheint unser bewundernder Blick zum Nachbarn verständlicher. Ob dieser nördliche Nachbar die Bewunderung als berechtigt empfindet, ist eine andere Frage. Der kritische Däne ist zwar stets Patriot mit einem Tropfen Selbstironie, aber als Bürger eines kleinen Landes ist er so international orientiert, daß er gute Maßstäbe für eigene und fremde Fehler und Tugenden hat. Politisch ist Deutschland für Dänemark kein Vorbild mehr — diese Zeit ist längst vorbei —, aber Deutschlands Rolle in Dänemark wie überhaupt in Skandinavien beruht auf vielen Faktoren, und als größtem Nachbarn wird der Bundesrepublik automatisch

eine bedeutende Rolle, positiv oder negativ, zugestanden.

JAN E. JANSSEN im Vorwort des d+d-Taschenbuches „Dänemark aktuell“,
erschieden im Christian Wolff Verlag, Flensburg 1968

Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft?

Wer wie der Grenzfriedensbund sich eine begrenzte gesellschaftliche Aufgabe gestellt hat, muß immer bestrebt bleiben, nicht den Teil für das Ganze zu nehmen. Er muß sich laufend bemühen, die eigene Arbeit in die allgemeinen Zusammenhänge einzuordnen, um so für seine Tätigkeit die rechten Proportionen zu finden. Wir freuen uns daher, den von Dr. Heinz Dähnhardt am 27. März in der Flensburger Volkshochschule gehaltenen Vortrag „Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft?“ nachstehend im Wortlaut bringen zu können.

I

Eine Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in der Gegenwart öffnet einen umfassenden Horizont, obwohl es näherzuliegen scheint, den eigenen, lokalen, regionalen und nationalen Bedürfnissen, Zielsetzungen, Erwartungen und Interessen einen bevorzugten Platz zuzugestehen, und dies nach wie vor auch berechtigt ist. Es wäre indessen dennoch falsch, sich damit zu begnügen. Die großen gesellschaftlichen Bewegungen unserer Zeit vollziehen sich nicht in der Begrenzung auf einzelne nationale Horizonte, auch nicht in einer Begrenzung auf einen europäischen Horizont, sondern im Welthorizont. Mit der Auflösung der alten europäischen Ordnung des 19. Jahrhunderts und nach den Einbußen, die die europäische Vormachtstellung erlitten hat, sind wir in ein Zeitalter der Weltgeschichte eingetreten. Mit ihm rücken ganz neue Stichworte und Daten in den Mittelpunkt jeder gesellschaftlichen Betrachtung: etwa der Frieden in der Welt, die Armut und der Hunger in der Welt und die Entwicklung der Menschheit insgesamt.

Zugleich werden wir teils fasziniert, teils erschrocken gewahr, wie im Zuge dieser weltgeschichtlichen Entwicklung ein technisch-zivilisatorischer Weltstil des täglichen Daseins sich allgemein durchsetzt. Eine neue wirtschaftlich-technische Weltkultur ist im Entstehen begriffen. Sie überwölbt die historisch gewachsenen und gewordenen nationalen Kulturen und weicht zugleich die Fronten ideologischer politischer Systeme auf, dies allerdings keineswegs widerstandslos, so daß der gesellschaftliche Prozeß unserer Zeit reich ist an Spannungen, Konflikten und Widersprüchlichkeiten. Die feststellbare starke Zunahme der Weltbevölkerung trägt das ihre dazu bei, diese Spannungszustände und Konflikte noch zu verschärfen.

Zunehmend wandelt sich damit das menschliche Dasein überhaupt. Die von uns heute geforderten gesellschaftlichen Dienstleistungen und die uns heute möglichen maschinellen Arbeitsleistungen haben nur noch wenig gemein mit dem tierischen und physischen Arbeitsaufwand, der das menschliche Dasein vordem

bestimmte und zugleich begrenzte. Damit hat nicht nur die Arbeits- und Berufsstruktur, sondern die gesamte innere Lebensstruktur unserer Gesellschaft sich grundlegend verändert. Aus der Zeit der vorindustriellen Gesellschaft überkommene und noch fortlebende patriarchalische und obrigkeitliche Strukturen verlieren an Bedeutung und Wirksamkeit oder sie lösen sich in sich auf. An ihre Stelle tritt ein neues gesellschaftliches Leitbild, das abzielt auf eine partnerschaftliche, mitmenschliche und humane Solidarität aller Glieder der Gesellschaft. Für diesen gesellschaftlichen Wandel sind unter anderem kennzeichnend die großen Emanzipationsbewegungen, die noch im 19. Jahrhundert wurzeln, die Arbeiterbewegung, die Frauenbewegung und die Jugendbewegung. Sie haben insgesamt bewirkt, daß über Arbeit und Beruf hinaus die menschlichen und gesellschaftlichen Stellenwerte allgemein sich verändert haben, etwa zwischen Mann und Frau, Jugend und Alter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Bürger und öffentlich Bediensteten usw.

Für die gesellschaftliche Gesamtentwicklung charakteristisch ist zugleich das zunehmend sich verstärkende Verlangen nach rationaler Weltbeherrschung und Weltdurchdringung in einem Zeitalter eines vorwiegend wissenschaftlich bestimmten und bestimmbareren Weltbildes. Das wissenschaftlich Bewiesene, Anwendbare und Vorausberechenbare beeinflußt zunehmend die Entwicklung unseres Daseins, bestimmt Daseinsbild und Daseinserwartung. Neben die durch Erfahrung bestätigte Tradition tritt gleichberechtigt das Experiment der Zukunft. Dies tritt besonders prononziert im Bereich der Künste in Erscheinung, im Experiment mit der Sprache, mit neuen Materialien und ästhetischen Gesetzen, im Vorstoß in das Unbekannte und noch Unbenannte einer neuen Welterfahrung und eines neuen Weltbildes überhaupt.

Von dieser Entwicklung wird ein jeder mitbetroffen, gleichgültig, wie er im einzelnen zu ihr steht und sich verhält. Wir sind in sie hineingenommen und zur Behauptung unserer persönlichen Existenz zumindest genötigt, über sie nachzudenken — aus einer doppelten Betroffenheit heraus. Wer dazu neigt, sich zu erinnern und überhaupt zurückzublicken, wird als erstes einen Verlust an Geborgenheit, Orientierung, verlässlichen Verhaltensweisen, einst selbstverständlichen und heute nicht mehr anwendbaren privaten und gesellschaftlichen Tugenden feststellen. Wer seinen Blick auf die Zukunft richtet, wird freilich ebensowenig an der Dynamik, dem Fortschritt und der Leistung unserer Zeit reines Vergnügen haben. Die Welt, in der wir leben, entbehrt des Friedens, diese Welt hungert, und diese Welt kennt nach wie vor soziale Ungerechtigkeit, Terror und Unmenschlichkeit. Somit drängt sich quälend und unabweislich die Frage auf, warum dies so ist, ob dies tatsächlich so sein muß,

warum es nicht geändert wird, ob es sich nicht ändern läßt, wohin die gesellschaftliche Entwicklung unserer Zeit uns am Ende führt. Darüber haben viele der großen wie auch der kleinen Antworten, die wir bis dahin zur Hand hatten und deren wir uns hierzu vielfach unreflektiert bedienten, ihre frühere unbestrittene Aussagekraft verloren. Dies gilt ebenso für die Antwort des Christentums wie für die des Marxismus, für die nationalstaatliche Ideologie wie für die weltbürgerliche Utopie, die auch nach zwei Weltkriegen unverwirklicht blieb. So sollte es eigentlich nicht verwundern, daß insbesondere junge Menschen heute Ausschau halten nach neuen, unverbrauchten und ungeschmälerten, freilich auch noch unbewährten Leitbildern, daß die romantische Utopie unversehens Einzug hält in unsere rationale Welt.

*

Dieser notwendig kurze Überblick sollte zumindest davon überzeugen, daß unsere Gesellschaft tatsächlich in Bewegung geraten ist, in eine Bewegung nicht erst heute, sondern bereits seit gestern, deren Ende zugleich noch nicht abzusehen ist. Charakteristisch bleibt der tiefgreifende und umfassende Wandel, der alle Wertsysteme, Institutionen und Lebensbezüge mit in sich einbezieht. Damit kündigt sich nicht mehr und nicht weniger als eine geschichtliche Wendezeit an. Die in Bewegung geratenen Kräfte sind so wirksam, daß unsere Gesellschaft auf absehbare Zeit hinaus weiterhin mobil, d. h. beweglich, daß sie weiterhin flexibel, d. h. wandelbar, sich verhalten wird. Dies aber bewirkt, daß alle historisch überkommenen Wertordnungen, Erfahrungsüberlieferungen, politischen, gesellschaftlichen und personalen Ordnungsvorstellungen und Verhaltensweisen sich gegenwärtig einem examen rigorosum ausgesetzt sehen, ob sie den neuen Daten und Fakten, Herausforderungen und Konflikten einer gewandelten Welt standhalten, ob sie Zukunft eröffnen, Zukunft sichern, Zukunft verbürgen, inwieweit man sich ihnen anvertrauen kann und auf sie Verlaß ist. Hieraus abzuleiten, daß die Möglichkeit bestände, in einer Art rationaler Urzeugung einen neuen Menschen und eine neue Gesellschaft aus wissenschaftlicher Retorte zu destillieren, verführt dann freilich zu verhängnisvollen Fehlschlüssen. Mag auch vieles machbar geworden sein, so ist es doch nicht der Mensch.

Wir treffen im politischen und gesellschaftlichen Bereich wie auch im Bereich unseres persönlichen Bewußtseins nirgends die Gnade des Nullpunkts an und müssen entsprechend weiterbauen, was die Generationen vor uns an Institutionen und Wertvorstellungen geschaffen haben, mit der Einschränkung, daß das historisch Überlieferte nicht ungeprüft und unkritisch einfach fortgesetzt wird. Dieses muß sich gefallen lassen, daraufhin abgeklopft und überprüft zu werden, inwieweit es einer gewandelten Gegenwart noch standhält — nicht aus Lust am Einreißen und Zerstören, sondern um den beständigen und gültigen Wahrheitskern freizulegen und unsere Zeit mit ihm, ihn mit unserer Zeit zu

konfrontieren. Ob wir hierbei nun eine alte Wahrheit wiederentdecken oder zu neuer Wahrheit befähigt werden, läßt sich im voraus nicht entscheiden; dieses Risiko muß eingegangen werden. Vorgezeichnet ist uns in unserer heutigen gesellschaftlichen Situation lediglich, daß unser Verhalten, sooft wir mit dem Vergangenen und Gegenwärtigen uns auseinandersetzen, vorwärts auf die Zukunft sich richtet. Nun wäre es unbillig, zu erwarten, daß uns hierbei jene optimistische Fortschrittsgläubigkeit begleitet, die um die Jahrhundertwende noch vorherrschte; wir haben seitdem so viel erlitten, daß wir auch mit Angst und in Sorge an die Zukunft denken. Wohl aber geben die moderne Wissenschaft und Technik uns Mittel und Möglichkeiten in früher unbekanntem Ausmaße an die Hand, künftige Entwicklungen vorauszudenken und planend zu steuern. Nun ist dies gewiß ein zweischneidiges Schwert; der Prozeß indessen, daß wir die Zukunft planen, ist bereits in vollem Gange und wird sich nicht aufhalten lassen. In seinem Vollzug lassen sich die Fragen nach dem Woher, nach dem Was ist und nach dem Wohin nicht voneinander isolieren; Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bleiben aufeinander bezogen, lediglich die Akzente haben sich verschoben. Lag der Akzent des 19. Jahrhunderts vornehmlich auf der Erfüllung des geschichtlichen Auftrags, so tritt am Ende des 20. Jahrhunderts gleichberechtigt neben ihn die geplante Vision einer neuen Gesellschaft. Beides in einem vernünftigen Verhältnis miteinander zu verbinden, ist die eigentliche gesellschaftspolitische Aufgabe, die uns gestellt ist.

II

In der Bundesrepublik haben wir nach 1945 unsere zerstörten wirtschaftlichen Existenzgrundlagen mit nennenswertem Erfolg wiederhergestellt. Wir haben uns eine freiheitlich-demokratische Grundordnung gegeben, die sicherlich ihre Mängel hat, die uns mehr formal als wirklich existentiell trägt, die dennoch bewirkt hat, daß der Zeitraum von 1948 bis 1968 sich von den vorhergegangenen Jahrzehnten deutscher Geschichte als eine Epoche bemerkenswerter innerer gesellschaftlicher Stabilität abhebt. Beides wurde befördert durch die Konzeption einer Außenpolitik, die im Rahmen einer Bündnis- und Verteidigungspolitik die Voraussetzungen dafür schuf, daß wirtschaftlicher Wohlstand und innere freie Entfaltung, Sicherheit und Freiheit garantiert blieben, soweit solche Garantien reichen.

Erst gegenwärtig wird uns bewußt, daß dennoch zahlreiche Antworten auf die Frage nach dem Wohin unserer gesellschaftlichen Entwicklung offengeblieben sind. Diese unbeantwortet gebliebenen Fragen zeichnen sich nunmehr markanter ab als in den vorhergegangenen beiden Jahrzehnten, in denen schlechthin noch alles ungelöst und unbeantwortet war. Entscheidend ist, ob unsere Gesellschaft die Spannkraft und Elastizität besitzt, dieses unbeantwortet Gebliebene nunmehr

zu beantworten, oder ob sie dies aus bequemer und trügerischer Selbstzufriedenheit unterläßt, sich mit einem verhärteten Status-quo-Denken des „Es ist erreicht“ begnügt, sich damit begnügt, daß sie lediglich funktioniert, tagespolitisch immer wieder mit sich in die Reihe kommt. Behält der Taktiker in ihr das erste Wort und nicht der schöpferische Politiker, der Techniker der Machtapparaturen und nicht der schöpferische Planer, dann geht dieser Gesellschaft das verloren, was jede Gesellschaft für ihren Bestand benötigt, ein Leitbild ihrer selbst, auf das sie sich gründet, das in die Zukunft projiziert, für das es sich lohnt, sich zu engagieren, das die Bereitschaft weckt, mit dieser Gesellschaft sich zu identifizieren und ihr zu dienen, so daß man sich in ihr nicht nur als Individuum, sondern auch als ihr Bürger wohlfühlt. In dieser Entscheidung stehen wir gegenwärtig. Noch hat es sich nicht entschieden, aber wir werden uns hierzu zu entscheiden haben. Wir stehen in der Entscheidung zwischen einem vornehmlich restaurativen Denken, das dazu neigt, nach Möglichkeit alles beim alten zu belassen, und einem progressiven Denken, dem der schöpferische Entwurf für die Zukunft, d. h. die Reform zugeordnet ist. Eine erste Epoche der Nachkriegszeit läuft aus, die in Sicht auf die Personen, die in ihr markant hervortraten, wie in Hinsicht auf die Leitbilder und Ordnungssysteme, an die man anknüpfte, in einer wahrscheinlich gewissen historischen Notwendigkeit charakteristische Züge einer im wesentlichen restaurativen Epoche trug.

Nunmehr kündigt sich eine Epoche der Reformen an, außen- wie innenpolitisch, bildungs- wie sozialpolitisch, ökonomisch wie technisch. Sie kündigt sich vehement an, weil wir vielleicht bereits zu lange gewartet haben, zu vieles vor uns hergeschoben und fahrlässig tabuiert haben. Um so entscheidender wird es, ob unsere Gesellschaft den Willen hat und die Fähigkeit entwickelt, sich heute und in Zukunft nicht nur restaurativ, sondern reformerisch zu verhalten.

Was aber ist mit Reformen gemeint? Reform beinhaltet den besonnenen Mut zu neuen Antworten zur Frage der künftigen deutschen und europäischen Ordnung, der Sicherung des Friedens und der Abwendung des Hungers in der Welt, zur sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft und ihrer Demokratisierung, zur Verstärkung ihres Bildungspotentials. Hieraus ergeben sich Richt- und Zielpunkte für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung, die im 19. Jahrhundert gleichermaßen nicht relevant waren, die ebenso in den ersten Jahren nach 1945 sich teilweise noch nicht so deutlich wie heute abzeichneten. Wir werden uns daher in der Beantwortung dieser Herausforderungen — ich wiederhole es — nicht nur auf gesicherte und tradierte Lehrmeinungen und Leitbilder stützen können. Wir müssen in unserer Gesellschaft Raum geben für neue Entwürfe in die Zukunft, sie diskutieren und wägen, um schließlich zu wagen. Wir müssen uns verstehen und begreifen lernen als eine nach vorne offene Gesellschaft, die bereit ist, spontan,

einfallsreich, wendig und flexibel zu reagieren, an der viele einzelne sich engagieren und die dem Streit der Meinungen nicht aus dem Wege geht, die zugleich in gegenseitiger Fairneß und Toleranz um einen gemeinsamen Konsensus bemüht bleibt. Wir sollten unsere Gesellschaft neu würdigen und erkennen lernen als eine Gesellschaft noch unerfüllter Möglichkeiten an der Pforte des 21. Jahrhunderts.

III

Ist unsere heutige Gesellschaft hierzu aber befähigt? Ihre Schwächen sind eine Neigung zu politischem Konformismus, die Vorherrschaft politischer Alltagsroutine und eine ungenügend funktionierende öffentliche Meinungsbildung. Dies leistet einem gleichgültigen und passiven Verhalten Vorschub, verärgert und verstimmt. Als Erbe der Bildungstradition des 19. Jahrhunderts verfügen ihre Bürger über ihre Fach- und Berufskennntnisse hinaus häufig nur über ein geringes Maß an politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sachkenntnis, so daß wir Gefahr laufen, uns in dieser Gesellschaft orientierungslos zu bewegen, mit einer Neigung zu Kurzschlußreaktionen. Dennoch meine ich, daß man sich einen kühlen Kopf bewahren und es auch aussprechen soll, daß bei aller berechtigten und auch von mir geübten Kritik an unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung diese nicht nur kritikfähig, sondern auch positiver Aussagen würdig ist. Sicherlich ist ein solches Urteil über unsere heutige Gesellschaft, was nicht abgestritten werden kann und soll, generationsgebunden. Ich meine in meinem eigenen Leben etwas von dem erfahren zu haben, was geschieht, wenn eine gesellschaftliche und staatliche Ordnung sich auflöst, und dies hält mich davon ab, erneut mit einem solchen Wunschbild zu spielen oder eine revolutionäre Situation als unabweislich bevorstehend anzuerkennen. Ebenso wenig reicht es aus, sich in Begriffe wie Krise, Wende, Wandel und Dynamik zu verlieben und zu verlieren. Was uns abverlangt wird, ist die sorgfältige Analyse des gegenwärtigen Zeitalters und von dieser Basis aus die Entschlossenheit des Handelns. Unsere Gesellschaft wartet darauf, daß dies reflektiert und vollzogen wird.

Wer sich dieser Aufgabe widmet, wird sich künftig freilich darauf einrichten müssen, daß heute jedes gesellschaftliche Thema einer elementaren und radikalen Fragestellung ausgesetzt ist, nicht nur von seiten der Jugend, sondern ebenso etwa im Raum der Theologie, der Wissenschaften und der Künste. Der Mensch, der auf das Wohin in der Welt von heute eine Antwort sucht, erwartet Antworten in Maßstäben und Perspektiven, die in sich einbeziehen die Fundamentalfragen aller Politik und menschlichen Existenz: Frieden, Ordnung, Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Freiheit in der persönlichen Lebensführung. Hierzu mit unserer Gesellschaft einen Beitrag zu leisten, ist unsere eigentliche nationale,

europäische und weltbürgerliche Aufgabe am Ende dieses Jahrhunderts. Nur von einem solchen Leit- und Zielbild aus erhalten die politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen, die wir im einzelnen zu treffen haben, ihren verbindlichen und gültigen Stellenwert.

Über die Grundfragen der menschlichen Existenz ist in den letzten fünfzig Jahren mehr nachgedacht worden, als in dem allgemeinen Bewußtsein der Bundesrepublik sich widerspiegelt, von ihm aufgenommen und tatsächlich verarbeitet wurde. Es genügt hierzu, auf die gegenwärtigen theologischen Auseinandersetzungen, sowohl im Raum der katholischen wie dem der evangelischen Kirche, zu verweisen. In Bewegung geraten sind in dem gleichen Zeitraum die Wissenschaften und die Künste; in den Naturwissenschaften, den Projektwissenschaften und den Gesellschaftswissenschaften zeichnen sich ganz neue Zukunftsperspektiven ab. In Bewegung geraten ist schließlich nicht nur bei uns, sondern überall in der Welt eine neue, junge Nachkriegsgeneration. Diese großen gesellschaftlichen geistigen Unterströme werden gemeinsam dadurch gekennzeichnet, daß in ihnen ein Engagement an intellektueller, geistiger und moralischer Kraft sichtbar wird, das wieder nach den letzten Werten und Wahrheiten fragt; dies geschieht heute, wenn auch unter sehr unterschiedlichen und oft entgegengesetzten Aspekten, in fast allen Gesellschaften dieser Erde. Kaum eine ist hiervon ausgenommen, und auch wir sind es nicht. Auch wir können uns diesem ethisch-moralischen, intellektuellen und rationalen Engagement, das unser Zeitalter kennzeichnet, nicht entziehen, wenn wir unsere menschliche und mitmenschliche Bestimmung nicht verfehlen wollen.

Einiges hierzu kann jeder von uns beitragen. Wir sollten das, mit dem wir heute tatsächlich konfrontiert sind, akzeptieren und uns ihm stellen und es nicht als lästig oder als unbequem oder als vorübergehend einfach beiseiteschieben, auf die Gefahr hin, daß unser Reden und Handeln dann zur Makulatur wird. Wir sollten sorgfältiger als bisher davon Notiz nehmen, was in der Gegenwart an geistiger Bewegung und Neubewältigung sich vollzieht. Wir sollten uns hierüber intensiver als bisher informieren, das Grundsätzliche hierbei nicht ausklammern und uns nicht damit begnügen, nur einen funktionierenden Alltag zu fristen. Vor allem aber sollten wir in unserer Gesellschaft mehr Raum und Gelegenheit schaffen für das Gespräch zwischen alter und junger Generation, Politik und Wissenschaft, Kirche und Staat, der Bürger miteinander.

Gedanken zur Situation im Grenzland

*Aus dem Rechenschaftsbericht zur Mitgliederversammlung 1968
des Grenzfriedensbundes*

Im ersten Jahrzehnt erfuhr der Grenzfriedensbund seine Prägung vornehmlich durch zwei Männer: Detlef Hansen und Jens Nydahl. Aber auch andere Namen wären in diesem Zusammenhang zu nennen. Wenn ich es bei diesen beiden bewenden lasse, dann deswegen, weil einmal festzustellen ist, daß Detlef Hansen, der als junger Mann an dem von Schmidt-Wodder in Nordschleswig gegründeten Friedensverein 1909 stark interessiert war, von daher manche Gedanken auch in unsere Arbeit hineinbrachte und dadurch zur Kontinuität positiver deutscher Gedanken im Grenzland beigetragen hat. Zum anderen war es aber der Politiker Jens Nydahl, der diesen Überlegungen aus der Situation nach 1945 eine ganz bestimmte neue Richtung gab. Er erkannte, daß die beiden Minderheiten *eines*, das Königreich Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland *ein anderes* und Größeres seien. Es war seine Vorstellung, daß man diese vier Teile in Zukunft als Einheit — und zwar auf der Basis der Grenze von 1920 — sehen müsse.

Nydahl war kein Theoretiker, aber er hatte einen instinktsicheren Blick für politische Verhältnisse. Er schuf den politischen und menschlichen Stil unserer ersten Tagungen, unterstützt durch das reiche Detailwissen Detlef Hansens, und brachte es fertig, Themen vorzuschlagen — auch heiße Eisen —, die fair und von Anfang an zweisprachig im Geiste echter Partnerschaft besprochen wurden. Nach außen förderte er die Grenzfriedenshefte und nach innen die soziale Arbeit, die dem Frieden und der Würde des nationalen Lebens, vor allem aber dem einzelnen als Mitmenschen zu dienen hatte.

Die Entwicklung der Verhältnisse hat seiner Beurteilung recht gegeben. Die Akzente haben sich zum Teil verschoben; die Bedeutung der Minderheiten mag sich politisch vermindert haben, in allgemein menschlicher und kultureller Beziehung im Hinblick auch auf die Vertiefung demokratischer Lebensformen hat sich ihre Bedeutung erhöht. Gleichzeitig nahm die Zahl der kulturellen Kontakte ganz allgemein zwischen den beiden Ländern zu. Daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen nicht fruchtbarer entwickeln können, bedauert niemand mehr als die Grenzbevölkerung.

Und nun ein Wort zu den beiden Minderheiten:

Es gab 1967 für beide eine politische Wahl, mit der sie nicht zufrieden sein konnten. Man kann vielleicht sagen, daß hinsichtlich ihrer politischen Betätigung

sich die Minderheiten in einer Situation befinden, die man als einen Prozeß der strukturellen Veränderung bezeichnen kann.

Im Vordergrund der öffentlichen Debatte steht gegenwärtig der Wunsch nach einer Vertretung in den Parlamenten auf der Grundlage der jeweiligen Wahlergebnisse, wobei beide Gruppen nicht in den höchsten Parlamenten ihrer Länder vertreten sind. Es will mir scheinen, als ob man bei dieser Debatte nicht immer das Problem in seiner Tiefe berührt, z. B. an der Frage vorbeigeht, ob eine nationale Minderheit im Sinne der pluralistischen Demokratie, die durch Parteien sich manifestiert, eine politische Partei sein kann und soll.

Es gab 1967 zwei Ereignisse im Leben beider Minderheiten, die in eine neue Richtung weisen.

Im Mai 1967 wurde in Apenrade der Neubau der deutschen Freihandbücherei eingeweiht. Bei dieser Gelegenheit gaben natürlich die deutschen Nordschleswiger ihrer Freude über die verbesserten Möglichkeiten des inneren Kontaktes mit deutscher Literatur und damit mit dem Leben des deutschen Volkes Ausdruck. Bundesminister Wehner sagte dazu, daß Dänen und Deutsche sich viel zu sagen hätten und wünschte ganz pointiert, daß das neue Haus *allen* Bürgern der Stadt offenstehen möge. Der Amtmann des Amtes Apenrade brachte die aufrichtige Mitfreude der dänischen Mitbürger zum Ausdruck.

Im September 1967 wurde eine große dänische Sporthalle in Flensburg eingeweiht. Ein Mitglied des dänischen Kabinetts, Minister Sølvhøj, der die Einweihung vornahm, sagte bei dieser Gelegenheit, daß es ihm am Herzen liege, für die gute Zusammenarbeit zwischen den dänischen Organisationen und den deutschen Behörden in Flensburg und Kiel bei der Realisierung des Projektes zu danken. Als sichtbarer Beweis der Verbesserung des Klimas sei die Möglichkeit, daß auch die *deutsche* Jugend Freude an dieser Halle bekommen könne, anzusehen. Der Flensburger Stadtpräsident brachte die Freude der deutschen Bürger darüber zum Ausdruck, daß der dänischen Jugend nun dieses Haus zur Verfügung stehe und wies darauf hin, daß die Sporthalle auch von den Schülern des Alten Gymnasiums in Flensburg genutzt werden würde, was er als praktischen Ausdruck der gegenseitigen Achtung und Zusammenarbeit bezeichnete.

Zwei Einrichtungen, deren Entstehung auf die innere Lebenskraft der beiden Volksgruppen zurückzuführen ist, die aber nicht ohne mancherlei Hilfe offizieller Stellen beider Länder in dieser prächtigen Form hätten entstehen können. Es sind Modellfälle — praktische Beispiele dessen, was möglich ist, wenn zwei nationale Gruppen auf historischem Boden sich ihren Lebensstil bewahren wollen. Und das hat mit mehr als mit Wahlergebnissen zu tun, die heute unter ganz anderen Gesichtspunkten entstehen als zu der Zeit, da volkliche Minderheiten damit begannen, auch den Stimmzettel als Ausdruck der Selbstbehauptung zu benutzen. Das hat ganz schlicht damit zu tun, daß man Deutschsein oder

Dänischsein als einen formenden Wert nicht missen will.

*

Was hat die Arbeit des Grenzfriedensbundes mit dieser Situation zu tun? Dies, daß auch wir in unserem Kreise Veranlassung haben, die Dinge immer wieder neu zu bedenken. Wir traten als deutscher Grenzverband unter politischen Vorzeichen an. Wir haben, den politischen Verhältnissen unserer Heimat Rechnung tragend, zwei Akzente unserer Arbeit gesetzt. Wir haben die Sozialarbeit differenziert in der Erkenntnis, daß selbst die beste soziale Gesetzgebung Lücken läßt, die in mitmenschlicher Umsorge ausgefüllt werden müssen. Wir haben zunehmend kulturelle Akzente gesetzt. Es begann mit den Tagungen und den Grenzfriedensheften, dann kamen die beiden Publikationen „Dänemark — unser Nachbar im Norden“ und „Tyskland, vor nabo mod syd“ 1963. Wenn Sie in Betracht ziehen, daß wir systematisch in der Zusammenarbeit in der Vortragstätigkeit der Flensburger Volkshochschule deutsche Themen, allgemeine gesellschaftspolitische Themen und solche, die entscheidend das deutsche und dänische Volk angehen, behandeln, wenn Sie an die Gemeinschaftsarbeit des Flensburger Studienkreises in der Taschenbuchreihe denken, dann ergibt sich, daß wir Bildungsarbeit in Partnerschaft betreiben. Das ist neu. Was treibt uns dazu? Dies, daß wir vom Grenzfriedensbund aus dazu beitragen möchten, daß hier Friede, aber kein Kirchhofsfriede herrscht. Wir möchten zum Stil des Landes beitragen. Und hier kann ich heute noch eine sehr erfreuliche Mitteilung über ein ein neues praktisches Ergebnis unserer Arbeit machen.

Noch in diesem Monat wird der Christian Wolff Verlag in Flensburg eine politische Taschenbuchreihe, die d+d-Bücher, starten und den ersten Band, „Dänemark aktuell“, der Öffentlichkeit übergeben. Die Planung der Reihe und Verwirklichung eines Teiles davon noch in diesem Jahr ist das Ergebnis der Zusammenarbeit des Deutschen Grenzvereins, der Flensburger Volkshochschule und des Grenzfriedensbundes im „Flensburger Studienkreis“. Wir hoffen, damit in moderner Form zeitgemäße, weiterführende Gedanken über das deutsch-dänische Verhältnis zur Debatte zu stellen.

Wir fanden in beiden Ländern Freunde und Förderer und Mitarbeiter. Ich darf Herrn Generalkonsul Troels Fink und dem Herrn Ministerpräsidenten Lembke herzlich danken und ebenfalls dem Mitglied unseres Vorstandes, Herrn Wilhelm Käber. Unser Dank gilt auch den Herren vom Verlagshaus Wolff, die dem Unternehmen von Anfang an sehr aufgeschlossen gegenüberstanden.

*

Der Historiker Michael Freund hat kürzlich in der Zeitung „Die Welt“ einige Gedanken geäußert, die unsere Beachtung verdienen. Er schrieb dort:
Die Nation ist also unser geschichtliches Erbe, ein Inbegriff an Gewohnheiten, Fähigkeiten, Lebens- und Denkformen, die uns erst das Dasein meistern lassen.

Der Mensch braucht Regeln, Übungen und Fertigkeiten, um sich in der Welt zurechtzufinden. Die Nation gibt uns noch immer die meisten Mittel und Formen der Daseinsbewältigung.

Dem können wir alle sicher zustimmen. Wenn Michael Freund dann aber feststellt, daß die deutsche Nation nur solange lebt, als sie leben *will*, daß dieser Wille keine Selbstverständlichkeit ist, sondern erlahmen und erlöschen kann, daß die Nation kein sicherer Besitz ist, sondern täglich neu erworben werden muß, dann sehen wir uns plötzlich in die Problematik der zunehmend von Computern gesteuerten Gesellschaft versetzt — und diese Problematik betrifft uns alle: Staat, Volk und Minderheiten. Zwar scheint es so, als ob wir hier von Dingen sprechen, die angesichts gegenwärtiger unruhiger Vorgänge in unserem Volk, angesichts etwa dessen, was im März in Prag und im April in Amerika geschah, bedeutungslos sind. Ich glaube, daß solche Argumentation ein Trugschluß wäre. Denn wenn es uns endgültig gelingt, nach jahrzehntelangen Spannungen in *unseren* Breitengraden eine friedliche und fruchtbare Unruhe zu schaffen, die das Leben interessant, ja schön macht, dann hätten wir den Beweis erbracht, daß es möglich ist, aus harten politischen Gegensätzen, aus sehr realen Interessengegensätzen Verhältnisse zu schaffen, die man getrost als harmonisch, nicht langweilig, aber harmonisch und vernünftig bezeichnen kann. Dann entfaltet sich der wirklich freie Mensch, wenn Mehrheiten und Minderheiten die geschaffenen Gesetze zum Anlaß nehmen, um sie nach Möglichkeit noch zu verbessern.

*

Im Norden der Bundesrepublik und im Süden Dänemarks umgeben noch immer die alten Bauernhöfe den aus den Baumwipfeln hervorragenden Kirchturm. Aber sowie diese Silhouette fast aufdringlich um den Silo bereichert wurde, so umgeben wie Jahresringe neue Dorf- und Stadtteile die alten Gemeinden. Und in alten und neuen Häusern lebt man heute das Leben nach anderen Gesetzen als zu der Zeit, da man sang: „Ich bin ein schlichter Bauersmann“. Jedoch auch die neuen Teile werden Heimat, mögen sie alte und neue Heimat zugleich sein.

„Nordisk ansvar“ als geistiges Vorzeichen des „Schleswigertums“

Dr. Vilhelm la Cour, einer der „großen alten Männer“ des nationalpolitischen Engagements auf dänischer Seite, hat sich in zwei Aufsätzen der von ihm 1918 gegründeten und seitdem redaktionell geleiteten Zeitschrift „Grænsevagten“ eingehend mit dem Grenzfriedensbund, den Grenzfriedensheften und vor allem mit Dr. Johannsens kulturpolitischen Anschauungen und seiner darauf fußenden Definition des Schleswigertums kritisch auseinandergesetzt. Wir bringen nachstehend in Übersetzung die entsprechende Passage über das Schleswigertum und verweisen gleichzeitig auf den anschließenden Aufsatz von Dr. Martin Steinhäuser, der wiederum zu Dr. la Cours Anschauungen Stellung nimmt.

Dr. la Cour zu Dr. Johannsens Auffassung vom „Schleswigertum“

Nach unserer Meinung legt Dr. Johannsen zu wenig Gewicht auf die Tiefe und Reichweite der Kluft zwischen dänisch und deutsch, die immer bestanden hat, die klar hervortrat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sich unter der mehr als fünfzigjährigen Zwangsherrschaft Preußens über „Sønderjylland“ verschärfte und mit erneuter Kraft unter der Besetzung Dänemarks durch die Truppen des Naziregimes in fünf verfluchten Jahren wieder aufflammte. Dr. Johannsen muß verstehen, daß diese fast hundertjährige Periode schleswig-holsteinischer Agitation, preußischer Unterdrückung und — als letzter Trumpf — die Besetzung schleswigschen Mutterbodens durch ein verbrecherisches Großdeutsches Reich ihre Spuren hinterlassen haben, die man nicht übersehen kann, wenn man vom Schleswigertum spricht. Dr. Johannsen erwähnt natürlich die Auflösung des Gesamtstaates und den Tod des Holsteinismus als politische Bewegung, aber der Ausgangspunkt seiner persönlichen Betrachtungen liegt doch nicht in der klaren dänisch-deutschen Scheide, die am Anfang des 19. Jahrhunderts gezogen wurde, einer Scheide, die nicht allein politisch, sondern volklich und in genauer Übereinstimmung mit dem damaligen Zeitgeist sowohl auf dänischer wie auch auf deutscher Seite war.

Statt völlig die noch bestehenden Nachwirkungen dieser Scheide zu erkennen, meint er, die Aufmerksamkeit auf eine Gedankenwelt richten zu können, die vor der deutschen Markierung der Scheide innerhalb der gebildeten Bevölkerungsschichten in dem einen der Herzogtümer und in Teilen des anderen herrschte, nämlich die Gedankenwelt — das sei gerne zugegeben — einer fruchtbaren deutsch-dänischen Wechselwirkung auf dem Gebiet der Kunst und des

humanistischen Geistes — ein Erbe des 18. Jahrhunderts. Es könnte uns nicht einfallen, den Wert dieser Elemente für beide Völker zu verkennen, aber es erscheint uns weltfremd, darauf ein Schleswigertum aufbauen zu wollen. Mit Schleswigertum hat das nichts zu tun, es ist ein Kind des Schleswig-Holsteinismus in seiner kulturellen Form und seinerzeit als Argument für die politische Erscheinung dieser Bewegung benutzt worden. Man kann bis zu unseren Tagen Fritz Reuter lesen und Goethe auswendiglernen, man kann — als Ausländer — geistigen Kontakt mit deutschen Denkern, Schriftstellern, Künstlern, ja mit jedem Exponenten wertvoller Kultur und deutschen Geistes sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart suchen, aber kein Schleswigertum, keine schleswigsche geistige „Physiognomie“ wird das Ergebnis sein, man wird dänisch oder deutsch in Gesinnung, Haltung und Lebensweise bleiben.

Nein, das Schleswigertum, das wirkliche Schleswigertum, liegt nicht in jener Höhenlage, wo Dr. Johannsen es einzufangen sucht. Es ist viel bescheidener und erdgebundener. Es ist, wie vorher angedeutet, ein „Alltagssymptom“, ein Ausdruck der persönlichen Nachbarschaft, der gemeinsamen lokalen Interessen und oft mit Familienbindungen als natürliche Basis. Es hindert absolut nicht den einen Teil, die kulturellen Werte zu suchen, die der andere schafft, aber es ist nur eine Konsequenz für relativ wenige. Es ist keine Bewegung und läßt sich nicht „organisieren“. Seine „Physiognomie“ ist schleswigsch wie die des Seeländers seeländisch und die des Bornholmers bornholmisch ist. Wie unausrottbar die Alltagswelt einer heimatgeprägten Bevölkerung im allgemeinen ist, wird vielleicht am besten an den Verhältnissen in Schonen deutlich. Schonen wurde uns Dänen vor mehr als dreihundert Jahren geraubt, aber bis auf den heutigen Tag ist es nicht geglückt, einen wirklichen Schweden aus dem Schonen zu machen. Ein schonisches Gepräge aus dänischer Vorzeit ist immer noch lebendig — in der Lebensweise, den Gedankengängen, in der Haltung und im Dialekt. Soweit uns bekannt, existiert keine schonische Zeitschrift mit schwedisch-nationalistischer Tendenz, aber hier auf dem Tisch liegt die Zeitschrift „Skånsk kontakt for regional frihet under nordisk ansvar“.

*

Ein Schleswigertum, aus dem Zusammenleben und den Problemen des Alltags und mit einer nicht nur praktischen, sondern *geistigen* Physiognomie geschaffen, muß einen entsprechenden Kontakt suchen. Es rinnen hinreichend viele dänische Quellen in heimdeutschen Gemütern, um dem eigentlichen Schleswigertum „nordisk ansvar“ als sein geistiges Wahrzeichen setzen zu können.

VILHELM LA COUR in „Grænsevagten“, Heft 3/1968

Noch einmal „Schleswigertum“

Zu Dr. La Cours Auseinandersetzung mit dem „Schleswigertum“

Eine einleitende Passage über das „Schleswigertum“ in Dr. Johannsens Vortrag auf der Mitgliederversammlung 1966 des Grenzfriedensbundes hat mehr als der allgemeine Tenor seiner damaligen Ausführungen ein Echo in der Öffentlichkeit gefunden und eine lebhafte Diskussion darüber ausgelöst, was es nun „eigentlich und wirklich“ mit dem „Schleswigertum“ auf sich habe. Nach einer längeren Pause in der Auseinandersetzung hierüber hat nun von dänischer Seite Dr. la Cour die Frage in einem umfangreichen Artikel in der Zeitschrift „Grænsevagten“ des dänischen Grenzvereins (Græseforening) wieder aufgegriffen, und Dr. Martin Steinhäuser hat zu dem in der März-Nummer 1968 veröffentlichten Aufsatz in der Korrespondenz Deutsches Schleswig (kds) vom April 1968 Stellung genommen. Da wir annehmen, daß diese Wiederaufnahme der Debatte um das Schleswigertum auch unsere Leser interessieren wird, bringen wir nachstehend den Aufsatz der kds.

(Die Red.)

Die Diskussion über das Schleswigertum und die Frage, was unter dem Schleswig-Holstein von heute zu verstehen ist — ein Thema, das eine Zeitlang vorwiegend deutsche Kreise zu beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze beschäftigte —, ist verebbt. Sie wurde 1966 ausgelöst durch einen Vortrag, den auf der Jahreshauptversammlung des Grenzfriedensbundes Dr. Hans Peter Johannsen als dessen Vorsitzender hielt. Er suchte darin in programmatischer Weise die „geistige Physiognomie“ des Schleswigers als ein Deutsche und Dänen verbindendes Element zu entwickeln, sehr gedankenreich, aber auch anregend zur Kritik. Von schleswig-holsteinischer wie von dänischer Seite ließen sich Stimmen vernehmen. Inzwischen war aber das Gespräch, zu dem sich im Holsteinischen tätige Sachkenner in Schweigen hüllten, verstummt.

Nun hat sich Dr. la Cour — unermüdlich bis in sein hohes Alter auf dänischer nationaler Wacht an der Grenze — in der von ihm redigierten Zeitschrift „Grænsevagten“ in einem Leitartikel unter dem Titel „Das Schleswigertum“ ausführlich hierzu geäußert (März 1968). Zu bedauern ist dabei, daß er sich nur mit zwei Teilnehmern an der Diskussion auseinandersetzt: mit Dr. Johannsen, der den Stein ins Rollen brachte, und mit mir (Dr. Steinhäuser), einem freilich auch um Verständnis bemühten Kritiker der Auffassungen Dr. Johannsens. (Daß er mich aufs Korn genommen hat, hätte ich allerdings wohl nicht anders erwarten können, obgleich außer meinem Beitrag zur Diskussion [kds, 17. Jg., Nr. 5, 1966] noch

weitere sehr entschiedene Auffassungen in einem schleswig-holsteinischen Sinne von Dr. Hanno Schmidt und Dr. Hans Friedrich Schütt in der Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ veröffentlicht worden sind.) Es geht im folgenden aber nur um Dr. la Cours Stellungnahme zu Dr. Johannsens und meiner (Dr. Steinhäusers) Auffassung über das Schleswigertum bzw. Schleswig-Holsteinertum.

Da ist es nicht ohne Reiz — wenn auch nicht immer eine für einen Deutschen vergnügliche Lektüre —, wie der kämpferische dänische Autor die Akzente setzt, wie er in seiner Analyse Zustimmung und Kritik verteilt und was er schließlich bei dem einen wie bei dem anderen vermißt, um dann doch Dr. Johannsens Auffassung von den Möglichkeiten eines Schleswigertums als Bewegung abzulehnen. Fassen wir in aller Kürze das Ergebnis zusammen:

Mir (Dr. Steinhäuser) macht er den Vorwurf, daß ich den „entscheidenden volklichen“ Unterschied zwischen Schleswig, das dänisch und deutsch gemischt sei, und Holstein, das im volklichen Sinne deutsch sei, verschweige, und Dr. Johannsen legt nach seiner Ansicht zu geringes Gewicht auf die „Tiefe und Reichweite der Kluft zwischen dänisch und deutsch“.

Ich muß zugeben, daß ich — jedenfalls in Worten — von dem volklichen Unterschied zwischen Schleswig und Holstein nicht gesprochen habe. Aber natürlich bin ich mir dessen bewußt gewesen, und es liegt diese selbstverständliche Tatsache meinen Ausführungen über das Gegen- und Miteinander von Deutschen und Dänen im schleswigschen Raum zugrunde. Auseinandergehen werden die Auffassungen sicher über den Grad der Mischung von deutsch und dänisch — jedenfalls im Landesteil Schleswig.

Aber zum besseren und objektiven Verständnis sei dem dänischen Kritiker (la Cour) hier selbst das Wort gegeben: „Es war vollkommen klar, daß Dr. Steinhäuser eine neue Definition des Begriffes Schleswig-Holstein suchte, um auf diese Weise — auch in dänischen Augen — dem Schleswigertum Dr. Johannsens zu parieren.“ Nun, an die dänische Adresse war nicht gedacht. Dieser Eindruck ist wohl aus dem Abdruck in „Der Nordschleswiger“ entstanden, der hier seine durchaus erfreuliche Mittlerrolle zeigt.

Dr. la Cour fährt fort: „Daß es auf urbane Weise geschah, soll gern zugegeben werden; aber wirkungsvoll war sie nicht. Sie strandete nämlich ganz und gar an der Tatsache, die nicht neuen, sondern Jahrhunderte alten Ursprungs ist: *daß ein entscheidender volklicher Unterschied zwischen Schleswig und Holstein ist und bleibt*. Man kann dänisch-deutsch nicht zu einem schleswig-holsteinischen Problem machen, denn es ist *kein* Problem in Holstein, *nur* in Schleswig. Holstein ist im volklichen Sinne deutsch, Schleswig gemischt dänisch und deutsch. Der Unterschied wird in Dr. Steinhäusers Betrachtungen verschwiegen; aber das ist die innerste und entscheidende Ursache dafür, daß auch jetzt in Schleswig ein

Gefühl vom „Herzogtum“ der Vergangenheit lebt, und das ist die Motivierung für Dr. Johannsens Schleswigertum. Man trifft das Zentrale in diesem nicht, wenn man der nationalen Tatsache ausweicht, die in den Erweckungsjahren des 19. Jahrhunderts zu volklichem Bewußtsein wurde, die unter dem fremden Joch der preußischen Gewaltmacht verschärft wurde und ein neues Aufblühen nach dem Ende des ersten und — mit größerer Flügelspannweite — nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erhielt. Dieser Tatsache entspringt die gegenwärtige dänische Süd-schleswig-Politik, selbst wenn ihre Sicht nur kulturell ist.“

Was ich (Dr. Steinhäuser) über den früheren deutsch-dänischen Gegensatz im Zeichen des Nationalismus gesagt habe, über die Opfer, die *beide*, Deutsche und Dänen, ihm gebracht haben, was gesagt wurde über *beide* als Erben der guten und schlechten Erfahrungen früherer Generationen und über die Überwindung dieses Gegensatzes unter dem Einfluß eines neuen, europäischen Denkens, das hat, auch wenn er es mit seinen Worten durchaus richtig wiedergegeben hat, vor Herrn la Cour keine Gnade gefunden. Eine „europäische Spritze“, so drückt er sich aus, sei „diesem gemischten Schleswig-Holsteinismus“ gegeben. Der dänische Patriot schwimmt auf hoher Woge eines nationalen Gefühls, das von einer meines Erachtens doch wohl etwas übertriebenen Glorie dänischen Erwachens in Nord- und Südschleswig im 19. Jahrhundert, das zudem für ihn bis weit ins 20. reicht, zehrt. Die in Jahrhunderten gewachsene Einheit der Herzogtümer Schleswig und Holstein, ihre eigenständige Stellung im dänischen Gesamtstaat, ihre Zugehörigkeit zu Preußen als eine Einheit, bis allerdings mit der Korrektur von 1920 der dänischgesinnten Mehrheit in Nordschleswig nach dem preußischen Unrecht ihr Recht geschah, das alles bleibt eine historische Tatsache.

Was der dänische Historiker und Grenzpolitiker Dr. la Cour mit viel Verständnis Dr. Johannsen zugesteht, ist ein Schleswigertum in der Art eines Gemeinschaftsgefühls, mit einer Reihe gemeinsamer Züge, wie sie sich aus der Geschichte ergeben haben. „Ohne dieses würde“, so sagt er, „die friedliche Nachbarschaft zwischen Dänischgesinnten und Deutschgesinnten nicht existieren — das, was den Alltag sowohl nördlich als auch südlich der Grenze prägt.“ Es kümmert ihn offenbar nicht, daß diese Nachbarschaft zwischen dänischen und deutschen Schleswigern nicht immer eine friedliche war und daß sie es erst jetzt geworden ist, wie wir meinen, eben unter dem Einfluß eines europäischen, national geläuterten Denkens und aus den Erfahrungen, welche Grenzen in der Mitte des 20. Jahrhunderts einem missionarischen Drang nach volklichem Gewinn auf Kosten des anderen gesetzt sind. Die dänisch-südschleswigschen Nachbarn haben — bei allem Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht — diese Erfahrung nach 1945 machen müssen.

Nicht ohne Witz bemerkt la Cour schließlich: „Statt auf der Jagd nach dem ‚letzten Schleswiger‘ zu sein, sollte man versuchen, ‚den ersten Schleswiger‘ aus dem

Erdloch herauszutreiben, in dem er sich vor weit mehr als einem Jahrtausend versteckte. Das würde einiges spannender und mehr aufklärend sein.“ Da ist er also, der „Urschleswiger“, wie er nach weitverbreiteter dänischer Auffassung in den Jahren nach 1945 wieder zum Vorschein kam und eine mehr oder weniger fröhliche Urständ feierte, ein Mythos, an den jedenfalls auch die Deutschen nicht mehr glauben, die einstmals ihm verfallen waren. Gegen ihn blieb auch und gerade die deutsche Bevölkerung in *Nordschleswig* mit ihrer Kraft zur Dauer ein geschichtlicher und lebendiger Zeuge.

Doch zurück zu la Cours Stellungnahme zu Johannsens Auffassung vom Schleswigertum. Wie schon gesagt, kommt la Cour zu dem Ergebnis, daß Dr. Johannsen „nach unserem Dafürhalten zu geringes Gewicht auf die Tiefe und Reichweite der Kluft zwischen dänisch und deutsch legt, die immer bestanden hat, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts klar zutage trat, die während der mehr als fünfzigjährigen Vergewaltigung Sønderjyllands durch Preußen verstärkt wurde und mit erneuerter Stärke bei der Besetzung Dänemarks durch die Truppen des Naziregimes in fünf verwünschten Jahren aufloderte. Er muß verstehen können, daß diese fast hundertjährige Periode mit schleswig-holsteinischer Agitation, preußischer Unterdrückung und — wie ein letzter Trumpf — dem tückischen Angriff eines verbrecherischen Großdeutschen Reiches auf Schleswigs Mutterland Spuren hinterlassen hat, von denen man nicht absehen kann, wenn vom Schleswigertum die Rede ist“.

Die gesteigerte Schärfe, wie sie hier in der Kennzeichnung des deutschen „Sündenregisters“, das von der schleswig-holsteinischen „Agitation“ über die preußische Unterdrückung bis zum tückischen Angriff auf „Schleswigs Mutterland“ reicht, zum Ausdruck kommt, ist gewiß zu verstehen aus den Erfahrungen, die der Widerstandskämpfer la Cour am eigenen Leibe mit Verhaftung und schließlicher Emigration nach Schweden gemacht hat. Wir haben darüber nicht zu richten. Aber setzt der anscheinend unversöhnliche dänische Mann sich nicht selbst in Widerspruch zu der vorher von ihm als ein Faktum, als Schleswigertum, anerkannten friedlichen Nachbarschaft des Alltags zwischen deutschen und dänischen Schleswigern? Zwar wird die „Kluft“ dann von la Cour abgemildert, und er sagt weiter: „Dr. Johannsen erwähnt natürlich sowohl die Auflösung des Gesamtstaates und den Tod des Schleswig-Holsteinertums als politische Bewegung; aber der Ausgangspunkt seiner persönlichen Betrachtungen liegt trotzdem nicht in der klaren dänisch-deutschen Grenzscheide, die am Beginn des 19. Jahrhunderts gezogen wurde — einer Grenzscheide, die nicht nur politisch, sondern *volklich* war und genau dem damaligen Zeitgeist sowohl auf dänischer wie auf deutscher Seite entsprach. Anstatt die noch andauernden Nachwirkungen dieser Grenzscheide vollauf anzuerkennen, meint er die Aufmerksamkeit bei einer Gedankenwelt festhalten zu können, die vor der deutlichen Markierung der

Grenzscheide innerhalb der ‚gebildeten‘ Bevölkerungsschichten in dem einen der Herzogtümer und in Teilen des anderen herrschte, die — das sei gerne zugegeben — fruchtbare dänisch-deutsche Wechselwirkung auf den Gebieten der Kunst und des humanistischen Geistes, einem Erbe des 18. Jahrhunderts. Es könnte uns nicht einfallen, den Wert dieser Elemente für beide Völker zu verkennen; aber es erscheint uns welfremd, ein *Schleswigertum* darauf zu errichten. Mit dem Schleswigertum hat sie nichts zu tun, sie ist ein Kind des Schleswig-Holsteinertums in dessen kultureller Form und in seiner Zeit als Argument für die politische Erscheinung dieser Bewegung benutzt. Man kann bis in unsere Tage Fritz Reuter lesen, und man kann Goethe auswendiglernen, man kann — als Ausländer — geistigen Kontakt mit deutschen Denkern, Schriftstellern, Künstlern, ja mit jedem Exponenten wertvoller deutscher Kultur und des Geistes in Vergangenheit wie auch in der Gegenwart suchen — aber kein Schleswigertum, keine schleswigsche ‚geistige Physiognomie‘ wird sich daraus ergeben, man wird weiterhin dänisch oder deutsch in Gesinnung, Haltung und Daseinsform sein.“

Noch einmal grenzt la Cour seine Auffassung vom ‚wirklichen‘ Schleswigertum ab, das nicht in die Luftschicht gehöre, in der Dr. Johannsen es einzufangen suche: „Es ist weit bescheidener und mehr an den Boden gebunden. Es ist, wie wir vorher angedeutet haben, ein ‚Alltagssymptom‘ — ein Ausdruck der persönlichen Nachbarschaft, der gemeinsamen örtlichen Interessen und oft mit Familienverbindungen als einer natürlichen Grundlage. Es hindert keineswegs die eine Seite, die kulturellen Werte zu suchen, welche die andere schafft, aber das ist nur eine Konsequenz für relativ wenige. Es ist keine ‚Bewegung‘ und läßt sich nicht organisieren.“

Bei allem Ärgernis, das ein la Cour seinem deutschen Leser bereiten kann, mit diesen Gedanken befindet er sich in der Nähe deutscher Ansichten, die im Verlauf der so ergiebigen Diskussion geäußert sind. Vor allem gibt er dem Gespräch eine interessante und durchaus ernstzunehmende Wendung, wenn er, kein Freund schleswig-holsteinischer Überlieferung, die geistige Wechselwirkung, das Erbe des 18. Jahrhunderts, der Zeit der Aufklärung, als ein Kind des „Schleswig-Holsteinertums“, in der diesem also zugestandenen *kulturellen* Form, ansieht.

Probleme der regionalen Strukturpolitik im schleswigschen Raum

Der Verfasser veröffentlichte vor 13 Jahren (1955) an der gleichen Stelle einen Aufsatz mit dem Titel „Von der Friedrich-Paulsen-Schule zur Harvard-Universität“. Er könnte seine jetzigen Ausführungen unter das Motto stellen „Von der Harvard-Universität zur Kieler Universität“. Nach fast zwölfjähriger Abwesenheit ist er Ende 1964 nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt – und hat das Land und seine Menschen neu sehen gelernt. Mehrere langjährige Auslandsaufenthalte, Studium und Berufstätigkeit in West- und Süddeutschland hatten den Blick des Schleswigers geschärft. Die Jahre seit 1964 haben diese Erfahrungen der neuen Gegenüberstellung mit der Heimat nur verstärkt; lassen Sie ihn dieses Bild mit vielleicht übertriebener, für die Analyse aber wichtiger Deutlichkeit nachzeichnen.

Die geographische Abseits- und Randlage Schleswig-Holsteins zur Bundesrepublik und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird verstärkt und zur vollen politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit durch die Insellage, in der sich die Bewohner Schleswig-Holsteins wännen. Diese psychologische Insellage trägt gelegentlich psychopathologische Züge, die auf den von außen neu hinzukommenden manchmal tragikomisch wirken.

Es handelt sich um ein Land, dessen Bewohner sich weitgehend für vergessen und abgeschrieben halten und das sich von daher gar nichts Großes, Eigenständiges, Neues, Durchgreifendes zutraut; es versucht eher, hübsch im Mittelfeld zu schwimmen, wenn es sich ganz und gar nicht vermeiden läßt, daß man mitmacht. Und das Erstaunlichste ist, daß die nicht hier gebürtigen, die nach hier verschlagenen, hierher zugezogenen Menschen womöglich die Einheimischen noch an Inselgefühl und Insellogik übertreffen! Sie lassen sich von dem Charme und der Abseitigkeit einfangen und werden selbst immer befangener. So leben viele in Schleswig-Holstein — besonders im schleswigschen Grenzland — unentschieden zwischen Vergangenheit und Gegenwart — und der Zukunft gar nicht zugetan — sich so durch das Leben durchwindend, passabel, nicht aufregend, idyllisch — aber ohne auch nur eine der großen Herausforderungen rechtzeitig und tatkräftig anzugreifen und ihnen die entsprechende Antwort zu erteilen.

Solche Herausforderungen haben wir im Bereiche der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in den letzten fünfundzwanzig Jahren genügend erlebt: Sie bestimmen zugleich die Grundprobleme der regionalen Strukturpolitik im schleswigschen Raum:

1. die veränderte Bedeutung der Transportkosten und der überregionalen Verkehrsanbindung (Autobahn),
2. die Flüchtlinge und der Wanderungssaldo,
3. die Notwendigkeit der Industrialisierung und Gewerbeförderung.

Keine von ihnen ist in der Weise angepackt worden, daß die Chancen, und zwar die besonderen Chancen Schleswig-Holsteins, genutzt worden wären. Die Wirtschaftspolitik des Landes ist demgegenüber vom Blick zurück geprägt worden; an der Kernfrage der Aufhebung der Insellage wurde lange vorbeigegangen. Nicht das Meer oder das Land wird die Wirtschaftskraft des schleswigschen Raumes erhalten. Was hier vorhanden ist, wird nicht zunehmen, sondern als Anteil am Sozialprodukt mit Sicherheit abnehmen.

Die ausschlaggebende Grundlage der *psychologischen Insellage* der Schleswig-Holsteiner ist in der Verkehrsferne zu den großen Ballungsräumen West- und Süddeutschlands zu sehen. Zunächst sind einmal durchschnittlich 400 bis 500 km zu überwinden — und in Hamburg muß die erste Station gemacht werden. Wer hätte sich nicht schon abends um 11 Uhr in Hamburg oder Altona selbst bemitleidet, wenn er gegenüber den Hamburger Kollegen immer noch 1/2 bis 2 Stunden dranhängen muß.

Diese Verkehrsferne schlägt sich nach allgemeiner Auffassung vor allem in erhöhten Transportkosten nieder — und diese verhindern Industrieansiedlung und rasches Wirtschaftswachstum. Untersuchungen des Seminars für Wirtschaftspolitik der Universität Kiel haben jedoch gezeigt, daß von Schleswig oder Flensburg aus die Fracht nur um 48 % bzw. 52 % über den Kosten von Frankfurt aus liegt; dabei wird unterstellt, daß eine Unternehmung das ganze Bundesgebiet entsprechend der Bevölkerungsdichte seiner Regionen gleichmäßig beliefert. Wenn man überdies berücksichtigt, daß bei weit mehr als der Hälfte der Industrieproduktion im Bundesgebiet schon heute die Transportkosten weniger als 5 v. H. der gesamten Produktionskosten ausmachen und daß der Anteil solcher Industriezweige ständig wächst, erkennt man, daß die Transportkosten kaum mehr ausschlaggebender Standortfaktor für die Industrie sein können. Die geringe Industriedichte Schleswigs läßt sich mit den Transportkosten nicht mehr erklären.

Die Standortanforderungen der modernen Industrie können, abgesehen von den klassischen rohstoffabhängigen, transport- und energiekostenintensiven Wirtschaftszweigen (Bergbau, Stahlindustrie, Grundstoffchemie, Schiffbau) heute praktisch überall erfüllt werden. Diese Machbarkeit der Standortqualität auf Grund der potentiellen Ubiquitäten Wasser, Energie, Verkehrsanschluß auf Grund der Ausstattung mit leistungsfähigen Versorgungseinrichtungen für die Bevölkerung, auf Grund der Dezentralisierung der Fertigung (im Gegensatz zur weiteren

Zentralisierung bei den Unternehmensleitungen, insbesondere bei Finanzierung, Absatz- und Produktionsplanung, Forschung und Entwicklung) gibt heute den früher rohstoff-, energie- und transportmäßig benachteiligten Regionen eine neue Chance. Diese Chance ist z. B. in Nordschleswig — gerade auch auf der Insel Alsen — vorzüglich genutzt worden, wie überhaupt die Industrialisierung Dänemarks entgegen der klassischen Standortlehre gelungen ist (Dänemark ist heute Schleswig-Holstein gegenüber ein hochindustrialisiertes Land!). Zugleich aber treten damit heute die neuen potentiellen Standorte mit allen übrigen Standorten in Konkurrenz — und letztlich entscheidet die Standortqualität, die sich auf Grund der Kombination von natürlichen und künstlichen Standortmerkmalen ergibt, also auf Grund besonderer Anstrengungen der regionalen Strukturpolitik. Hier spielen kaum die Transportkosten, um so mehr aber die Qualität des überregionalen Verkehrsanschlusses eine zentrale Rolle. Im Bereich der Art und Qualität des Anschlusses Schlewigs, ja praktisch ganz Schleswig-Holsteins an das Netz der überregionalen Verkehrsverbindungen (Straße, Schiene, Binnenschifffahrt) liegt heute die Bedeutung des Faktors Verkehr für die Wirtschaft. In dieser Beziehung ist die psychologische Insellage der Schleswiger allerdings erklärlich, weil vom status quo her im wesentlichen richtig gesehen (vgl. den Schleichpfad B 5!). *Sie kann aber geändert werden.* Daß die Autobahn von Hamburg nach Flensburg und Kiel erst in der Mitte der siebziger Jahre voll einsatzfähig sein wird — dann erst wird die für den vollen Wert als überregionaler Verkehrsanschluß entscheidende westliche Umgehung Hamburgs mit dem neuen Elbtunnel und dem niedersächsischen Anschlußstück fertig sein — haben Hamburgs und Schleswig-Holsteins Landesregierungen zusammen zu verantworten: Demgegenüber werden große Teile ostbayerischer Autobahnen — also in verhältnismäßig dünnbesiedelten Gebieten — schon in diesen Jahren fertiggestellt. Am Beispiel des verzögerten Autobahnbaus in Schleswig-Holstein läßt sich — gerade im Gegensatz zur bayerischen Verkehrs- und Energiepolitik des Wirtschaftsministers Schedl! — ablesen, wie kurzsichtig und partikular die über lange Zeit verfolgte Politik der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein aussah. Es wurden ja immer viel wichtigere Vorhaben in den Ballungsräumen genannt, und Schleswig-Holstein wurde ja von uns selbst nie eine echte Chance eingeräumt. Deshalb müssen wir mit den riesigen erschlossenen Gewerbeflächen des Ruhrgebiets konkurrieren, erst heute, wo die Zahl der neuen Industriesiedlungen allgemein viel geringer geworden ist, und Schleswig immer noch ohne den überregionalen Verkehrsanschluß ist.

Aber damals, vor zehn oder fünf Jahren, schien der Randlage zu den Ballungsräumen am besten eine Wirtschaftspolitik als Agrarpolitik zu entsprechen. Die komparativen Kostennachteile gewisser Landesteile wurden abgebaut (Programm Nord), die Kostenvorteile des Landes verstärkt (z. B. durch den

Transportkostenausgleich in den ursprünglichen westdeutschen Agrarmarktordnungen, so daß die Ab-Hof-Preise überall gleich hoch waren), und im übrigen überall auf hohe Agrarpreise hingewirkt. Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957), spätestens aber seit Bekanntwerden der Grundzüge der gemeinsamen Agrarpolitik (1961) änderte sich die Interessenlage der schleswigschen Landwirtschaft drastisch: der Transportkostenausgleich fiel fort, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie — einer der wenigen Wirtschaftszweige mit mehr als 5 v. H. Transportkosten an der Wertschöpfung — geriet in den Wettbewerbsdruck der in der Nähe der großen Absatzmärkte produzierenden Unternehmen. Nicht nur die Landwirtschaft wird also von der Umstellung betroffen, auch die Industrie auf der Grundlage der Landwirtschaft ist gefährdet. Dagegen eingesetzte Subventionen, z. B. zur Förderung des Toffleischversandes nach Süddeutschland, belasten die heimischen Verarbeiter, ihre Einkaufspreise steigen im Verhältnis zu denen der auswärtigen Produzenten. Die Rationalisierung der Absatzwege der im Lande erzeugten Rohstoffe über die Landesgrenzen hinaus beeinträchtigt die Industrie im Lande. Wer leistet sich schon den Luxus, den ehemals Kolonialländer hinzunehmen gezwungen waren, die Rohstoffverarbeitung außer Landes zu drängen!

Das zweite Grundproblem — neben der Verkehrsferne — ist die Bevölkerungsentwicklung. Der große Zustrom von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, die nach 1945 in dieses Land kamen, wurde eher als Last empfunden denn als jenes große Aktivum, als das es sich überall im Zuge des „Wirtschaftswunders“ herausstellte.

Noch in der Phase des raschen Wiederaufstieges drängte das Land auf die Erfüllung der Umsiedlungspläne, bei denen die empfangenden Länder die Auswahl der Umsiedlungswilligen weitgehend bestimmten. Dieses Hinnehmen, ja Fördern der Abwanderung der jungen, tatkräftigen, einfallsreichen und qualifizierten Arbeitskräfte hat noch jetzt kein Ende. Die Wanderungsstatistik der schleswigschen Kreise zeigt z. B. für die Stadt Flensburg, daß nur in den Altersgruppen von 15—21 Jahren ständig ein erheblicher Überschuß, für die älteren dagegen ein großer Unterschuß vorhanden ist. Die Defizite für die 21—30jährigen liegen dabei prozentual und absolut unter denen der 30—60jährigen, vor allem wohl auch, weil die Ingenieurschule, die Pädagogische Hochschule, das Militär usw. wenigstens bei den Altersjahrgängen der Anfangszwanziger noch erhebliche Überschüsse aufweisen dürften und die Studenten wissenschaftlicher Hochschulen mit Heimat Flensburg ihren ersten Wohnsitz erst nach dem Examen aufgeben, wenn sie heiraten und einen Arbeitsplatz — allzu häufig, wie verständlich, in der Nähe des Studienortes — suchen.

Die Bevölkerung kann im schleswigschen Raum nur gehalten werden, wenn die

Beschäftigung im Gewerbesektor zunimmt; dem Fremdenverkehr kann nur eine Rolle in gewissen Teilräumen zuerkannt werden. Die doppeltschwache Industriestruktur des Landes — bei der Hälfte des Bundesdurchschnitts an Industriebeschäftigten je 1000 Personen hat Schleswig-Holstein fast den doppelten Anteil an Beschäftigten in strukturell schwachen oder gefährdeten Industriezweigen — kann nicht verbessert werden, weil die Ansiedlung neuer Betriebe nicht gelingt, ja kaum das Festhalten bestehender Betriebe. Der Landesteil Schleswig kommt seit langem nur deshalb in der Industrieansiedlung überhaupt voran, wenn auch langsam, weil spezielle Standortfaktoren — Nähe zum EFTA-Raum (Flensburg und Harrislee!) — eine Rolle spielen.

In dieser Situation wird die psychologische Insellage, die sich in der eingebildeten und hingenommenen Nichtattraktivität des Landes für Industrieansiedlungen niederschlägt, durch ein weiteres Moment verschärft zum sich verstärkenden Zirkelschluß: die wenig industriefreundliche Haltung offizieller Stellen. Hier ist nicht allein von der Auffassung der Regierung zu berichten (Landtagssitzung vom 29. November 1967), daß sie die Ansiedlung eines großen Automobilwerkes mit 10 000 Arbeitsplätzen zu Recht abgelehnt habe, sondern mehr noch von dem später entschuldigend angefügten Argument, es habe nie ein echtes Angebot in dieser Richtung gegeben, das die Regierung überhaupt habe ablehnen können. Bei dieser Darstellung läßt sich nur kommentieren: Um so schlimmer für das Land, daß es niemals ernsthaft als Standort eines so großen Werkes diskutiert worden ist.

Vielleicht hängt die Tatsache, daß Schleswig-Holstein nicht in Betracht gezogen wird, auch mit der vorgenannten grundsätzlich ablehnenden Haltung zusammen; übrigens der gleichen Haltung, aus der heraus noch 1960 der Bau einer Autobahn abgelehnt wurde, weil man den kostbaren landwirtschaftlichen Boden (vor allem in den Sander-Gebieten des Mittelrückens!) nicht glaubte entbehren zu können. Statt dessen wurden die wenigen freien Mittel des Landes und die zu Recht beschwörenden Appelle an den Bund, doch zu helfen, dazu benutzt, mindestens 2 Mrd. DM öffentlicher und privater Investitionsmittel im Programm Nord zu binden, für Maßnahmen, die im einzelnen alle richtig und modern und sachadäquat sind, aber insgesamt zur langfristigen, dauerhaften und zukunftsentscheidenden Existenzsicherung der Wirtschaft dieses Landesteiles wenig beitragen. Zweifellos hat das Programm Nord das Gesicht weiter Landschaftsstriche von Grund auf verändert, im Kreis Südtondern z. B. hat es ein kleines „Wirtschaftswunder“ hervorgerufen. Es hat für Schleswig nachgeholt, was nach 1920 in Jütland getan worden ist; aber Dänemark hat aus gutem Grunde nach der Weltwirtschaftskrise eine umfassende Industrialisierung begonnen — und die integrale Melioration zurücktreten lassen. Gesamtwirtschaftlich und langfristig hat der enge

naturräumliche und weithin sektoral einseitige Bezug des Programms nicht die bestmögliche Verwendung der Mittel gebracht. Auch die Politik der „universellen Landentwicklung“, anstelle nur des Küstenschutzes, der Verbesserung der Agrarstruktur und der Wasserwirtschaft, ändert nichts an der physiokratischen Bindung an zu kleine Teilräume Schleswig-Holsteins, die gesamtwirtschaftlich gesehen nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Die Brüchigkeit dieser Vorstellung ist in den letzten Wochen erneut sichtbar geworden, und zwar zugleich an drei Beispielen, die uns in ihrer Häufung zu denken geben sollten:

1. Das Ringen in Brüssel um den Milchpreis, um die Zuckerrübenmarktordnung und die Fleischmarktordnung wird, wenn nicht das Wunder geschieht, daß das Pokern gegen die Zukunft ein weiteres Mal für eine kurze Frist obsiegt, für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft die Konsequenz haben, daß sich hier die Verkehrsferne voll auswirkt: denn die landwirtschaftliche Vermarktung und Verarbeitung ist einer der Wirtschaftszweige, in denen — nach Fortfall des Transportkostenausgleichs — die Transportkosten erheblich zu Buch schlagen. Somit ist die Landwirtschaft, je weiter sie von den großen Verbrauchszentren entfernt ist, desto mehr zur extensiveren, weniger Arbeitskräfte bindenden Bodenbewirtschaftung genötigt. Siedlung, Melioration, Flurbereinigung und Wirtschaftswegebau haben weithin beigetragen, die Betriebsgrößen zu zementieren: sie sind zu klein für eine solche Anbauweise. Eine solche Zementierung muß zwar nicht dauerhaft sein; kostspielig ist sie auf jeden Fall. Auch sehr hohe Preise, sollten sie überhaupt beibehalten werden können, ändern an dieser Gesetzmäßigkeit der Thünenschen Ringe nichts.
2. Bundesernährungsminister Höcherl erklärte vor dem Bundestag bei der Debatte über den Grünen Bericht im Februar 1968, daß moderne Agrarstrukturpolitik heute ohne die Schaffung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen nicht mehr sinnvoll denkbar sei und daß er, der Landwirtschaftsminister, fortan bereit sei, die Gewerbe- und Industrieförderung aus *seinen* Mitteln zu finanzieren. Dies ist ein nicht mehr zu überhörender Notruf nach regionaler Strukturpolitik auf gesamtwirtschaftlicher Grundlage, ohne einseitigen sektoralen Bezug. Soll die Bevölkerungsdichte im schleswigschen Raum gehalten und der weiteren Abwanderung der Aktivbevölkerung vorgebeugt werden, so muß auch hier Industrieansiedlung betrieben werden.
3. Die Ankündigung des Bundesverteidigungsministeriums, daß der Ausbau der Garnisonen in Kopperby und Bredstedt nicht im geplanten Maße fortgesetzt, sondern stark beschnitten wird, macht deutlich, in wie starkem Maße die wirtschaftliche Existenz der Bevölkerung des schleswigschen Raumes schon

heute von den militärischen und zugleich finanziellen Entscheidungen in Bonn abhängt, von Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Haushaltskrise. Zugleich wird gezeigt, daß der status quo der Militärausgaben (oder ihr nur geringes Wachstum) nicht ausreicht, die Stützungsrolle der Bundeswehr im schleswigschen Raum konstant zu halten. Nur hohe Ausgaben für Bauten usw. bedeuten für die bisherige mittelständisch-gewerbliche Wirtschaft Stabilität. Die Hoffnung, die aus der Landwirtschaft freigesetzten Personen gewissermaßen per Saldo durch militärische Stützungsarbeiten im Landesteil zu halten, ist trügerisch und daher gefährlich.

Grundlagen für eine einseitig auf eine dominierende Stellung der Landwirtschaft ausgerichtete regionale Strukturpolitik sind im schleswigschen Raum nicht mehr gegeben. Selbstverständlich wird gerade die Landwirtschaft, insbesondere zur Verbesserung der Produktions- wie der Marktstruktur (und der Altersversorgung der Betriebsleiter) weiter erhebliche Mittel erfordern. Die Konzentration der Mittel auf diesen Wirtschaftszweig muß jedoch zugunsten einer umfassend konzipierten regionalen Strukturpolitik im Rahmen einer norddeutschen (und damit schleswig-holsteinischen) Entwicklungsstrategie abgelöst werden. Die Dimension des damit aufgeworfenen Entscheidungsproblems wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Ansatzpunkte für eine umfassende Wirtschaftsförderung einschließlich der Industrie- und Gewerbeansiedlung nur in vier zentralen Orten des schleswigschen Raumes gegeben sind, nämlich Flensburg, Schleswig, Husum, Niebüll (sowie Rendsburg und Eckernförde und eventuell Kappeln) statt in rd. 30 Orten, wie sie die Landesplanung ausweist. Es sollten mindestens 20 000 Einwohner im Einzugsbereich eines solchen Ortes leben; in der EWG-Kommission wird von 800 000, beim Bundesverband der Deutschen Industrie von 50 000 gesprochen!

Es mag vielleicht befremdlich wirken, die Entwicklungschancen einer Reihe von heute noch relativ bedeutenden Orten amtlich nicht zu bescheinigen, sondern den Mitteleinsatz auf die wenigen förderungswürdigen zentralen Orte zu beschränken. Man muß jedoch bedenken, daß alle Orte nicht nur um dieselben Gesamtmittel konkurrieren, sondern daß sie auch um die geographischen Einzugsbereiche und damit um die Wirtschaftlichkeit der Infrastruktureinrichtungen (bzw. ihre Größe und Leistungsfähigkeit für die Bevölkerung dieses Landesteils) und die Funktionsgröße eines differenzierten, leistungsfähigen Arbeitsmarktes miteinander im Wettbewerb stehen. Die Aufteilung der Mittel für Straßenbau, Gewerbeansiedlung, Schulbau, Krankenhausbau usw. auf viele Orte bedeutet zugleich, daß aus keinem etwas wird. Vermutlich würden dadurch sogar die Zukunftsaussichten des zwar nur potentiellen, aber aktivierbaren Oberzentrums Flensburgs nachhaltig beeinträchtigt. Damit aber schwindet jede Chance für

diesen Raum. Denn die sich jährlich wiederholende Abwanderung der jungen, ausgebildeten, aktiven Bürger lassen das Erwerbspotential dann zwar langsam, aber unwiderbringlich unter den Händen zerrinnen. Nichts Dramatisches geschieht — oder wird sichtbar, aber die Ausgangsbasis aktiver Strukturpolitik schwindet endgültig dahin. Wieweit eine solche Entwicklung schon heute als zwar bedauerliche, aber doch völlig unabänderliche, schicksalhafte Tatsache angesehen wird, zeigen zwei Beispiele aus den letzten Monaten:

Die Fusion der bundeseigenen Howaldt-Werke Kiel mit der gleichfalls bundeseigenen Deutschen Werft Hamburg brachte zunächst die Entscheidung, daß „Kiel und Hamburg“ gemeinsam der „Sitz“ dieser neuen Unternehmung sein sollten. Der effektive Sitz der Geschäftsleitung wird nun nach Hamburg gelegt, denn — so der verantwortliche Generaldirektor aus Kiel — bei sonst gleichen Startbedingungen fehle Kiel ja die Autobahn und damit der vollwertige Verkehrsanschluß. Die Autobahn wird 1972 nur bis Jagel und Blumental einerseits und bis Othmarschen andererseits vorgedrungen sein, weder Kiel noch Schleswig oder Flensburg werden also zur Olympiade (der Jahrhundertchance Kiels!) in vier Jahren schon erreichbar sein. Zu beiden Entwicklungen regt sich nur schwacher Widerstand. Die Verlegung des Geschäftssitzes wurde mit Stillschweigen, das Versagen bei den Planfeststellungsverfahren mit gedämpftem Trommelschlag übergangen. So wie Flensburg für den schleswigschen Raum im engsten Sinne, so ist Kiel und seine Entwicklung im weiteren Sinne entscheidend, und zwar auf der Grundlage einer starken, leistungsfähigen hamburgischen Region.

Mithin läßt sich festhalten: Die psychologische Insellage Schleswig-Holsteins führt einerseits dazu, sich gegen die Zukunft zu stellen und die notwendigen und absehbaren Anpassungen hinauszuzögern, andererseits aber verleitet sie dazu, voreilig zu resignieren und die Hände in den Schoß sinken zu lassen, wenn man durchschaut wird. So bemüht sich Schleswig-Holstein nicht einmal darum, in die Modellvorhaben der Höcherlschen Agrarstrukturpolitik durch Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze aufgenommen zu werden — oder etwa mit Gewerbeparks zu beginnen. Inzwischen schwimmen wegen der intensiven Investitions- und Strukturförderung an Ruhr und Saar auch noch die letzten Felle davon. Wer keine Pläne hat, kommt nicht zum Zuge. Pläne für öffentliche Investitionen erfordern solide Planungsarbeit, langfristige Vorkehrungen und koordinierte Ausführung; hier muß eine Konzeption entwickelt werden, eine Adaptation an tagespolitische Anlässe allein genügt nicht.

In dieser weithin enttäuschenden Situation gibt es einen *Lichtblick*: die Initiative der fünf Landkreise und des einzigen Stadtkreises im schleswigschen Raum, zur Selbsthilfe zu schreiten. Die „Planungsgemeinschaft Nord“ und die „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nord“, deren Gründung nachhaltig zu

unterstützen ist, bieten einen ersten Ansatz, im schleswigschen Raum die Dinge zum Besseren zu wenden. Dazu wünschte man sich aber, daß die Planungsgemeinschaft Nord wenigstens ein ständiges Sekretariat mit einem Geschäftsführer erhalte, daß das Verhältnis zur amtlichen Landesplanungsbehörde definiert würde (etwa als regionaler Landesplanungsverband) und daß die Maßnahmen im übergebietlichen Interesse langfristig sachlich, räumlich und zeitlich aufeinander abgestimmt werden. Die bisher verfügbare Kapitalkraft der Gesellschaft erinnert an eine Ehe auf Kündigung und ohne Haushaltsgeld.

Dabei kommt der Beschränkung auf die wesentlichen Schwerpunkte — die genannten zentralen Orte — höchste Priorität zu. Hier wäre zunächst vor allem die Achse Hamburg — Neumünster — Rendsburg — Schleswig — Flensburg zu nennen, um die neuen, wichtigen Standortvorteile durch die Autobahn möglichst auszuschöpfen und die Strahlkraft des einzigen Aktivraums des Nordens, nämlich Hamburgs und seiner Randgebiete, zu nutzen.

Im einzelnen scheinen mir zwei Aufgaben vorrangig zu sein. Zunächst wird es darauf ankommen, in relativ kurzer Zeit eine für den schleswigschen Raum realisierbare, verbindliche Entwicklungskonzeption auszuarbeiten. Diese wird sich nicht nur auf die Festlegung der förderungswürdigen zentralen Orte — und zwar auf die nächsten zehn Jahre (eine zweijährige Förderung wie bei den Bundesausbauorten leistet das nicht) beschränken dürfen, sondern muß darüber hinaus der Lage im Grenzbereich Rechnung tragen. Das bedeutet meiner Meinung nach notwendigerweise verstärkte *Bemühungen um konkrete Zusammenarbeit* mit den verantwortlichen kommunalen und staatlichen Stellen im benachbarten *Dänemark*. Dabei kann von vornherein von einer weitgehenden Interessengleichheit ausgegangen werden: sowohl für Schleswig-Holstein als auch für Dänemark muß ein großes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung des bisher benachteiligten schleswigsch-südjütländischen Raumes bestehen. Dazu gehört auch das gemeinsame Interesse an einem voll funktionsfähigen Oberzentrum dieses Raumes, wofür praktisch nur Flensburg in Frage kommt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch nachdrücklich für die Errichtung einer *Universität im Flensburger Raum* eintreten, die möglichst ein gemeinsames deutsch-dänisches Vorhaben werden sollte. Eine Verdoppelung der Studentenzahl in Kiel, die an sich nötig sein wird, da sich die Zahl der Studienanfänger bis 1985 verdreifachen dürfte, hätte für den schleswigschen Raum nicht den gleichen Nutzen. Die Ansammlung von Wirtschaftskraft fordert, daß die Bevölkerung wettbewerbsfähig gemacht wird. Dazu gehört heute vor allem die Möglichkeit, qualifizierte Ausbildung zu erwerben. Wie zwei Abiturientenbefragungen 1967 und 1968 gezeigt haben, ist in Schleswig der Wunsch, Lehrer zu werden (PH), weit überdurchschnittlich, der Wunsch, Ingenieur

zu werden, weit unterdurchschnittlich vertreten. Das Bildungsangebot des nahen Raumes beeinflusst auch die Berufswahl der Jugend, wie auch die Wirtschafts- und Sozialstruktur. Dabei ist es im einzelnen ziemlich unwichtig, ob der endgültige Standort auf deutschem oder dänischem Boden liegt und ob sie die zweite Landesuniversität oder die vierte dänische Universität wird. Soweit ich sehe, bietet sich der Raum beiderseits, also auf der Grenze bei Fröslee—Pattburg—Harrislee an; ein Standort am südlichen Rand Flensburgs dürfte eindeutig weniger geeignet sein. Diese Universität müßte auch Ingenieurwissenschaften pflegen.

Zum zweiten möchte ich die Anregung wiederholen, die Industrialisierung durch die *Einrichtung von Gewerbeparks* zu fördern. Die Untersuchungen des Seminars für Wirtschaftspolitik der Universität Kiel, auf die ich bereits hinwies, haben gezeigt, von welcher Bedeutung bezugsfertige Fabrikhallen für die Standortwahl der Unternehmer sind; wie eine andere, gerade abgeschlossene Untersuchung zeigt, sind in Großbritannien Gewerbeparks mit großem Erfolg als Instrument regionaler Wirtschaftspolitik errichtet worden. Als Standorte für solche großzügig zu planenden Parks kommen vorerst vor allem Schleswig und Flensburg in Frage. Ich meine, daß die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nord sich dieser Möglichkeit ernsthaft annehmen und die notwendigen Planungen umgehend in die Wege leiten sollte.

Damit komme ich zum Schluß. Ich habe die großen Probleme einer regionalen Strukturpolitik im schleswigschen Raum zu skizzieren gesucht. Ich habe aber auch zu zeigen versucht, daß durchaus gute Entwicklungschancen bestehen, wenn die herrschende Passivität überwunden und die notwendigen Planungen und Maßnahmen rasch eingeleitet und koordiniert werden. Wir stehen heute vor Problemen, die anders aussehen als im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und davor. Heute sind weder die Ausstattung des Raumes mit Ackerland noch die mit Rohstoffen usw. ausschlaggebend für die wirtschaftliche Potenz einer Region in der modernen Industriewirtschaft, es kommt langfristig allein auf die umfassende und phantasievolle Nutzung des überall knappsten Produktionsfaktors an, der menschlichen Intelligenz, dem Unternehmertum, der Erfindergabe und der politischen Initiative. Dabei ist es für mich selbstverständlich, daß eine sinnvolle Entwicklung die Abstimmung und Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarn erfordert. Hierin ist vielleicht überhaupt die oberste politische Zielsetzung der regionalpolitischen Strategie für den schleswigschen Raum zu sehen.

*

Das Vorstehende ist die Wiedergabe des Vortrages, den Universitätsprofessor Dr. Jochimsen auf der diesjährigen Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes gehalten hat. Es kann erwartet werden, daß die dort vertretene prononcierte Auffassung von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Grenzraume Schleswig und dem bisher Versäumten

sowohl Zustimmung als auch Widerspruch finden und eine lebhafte Diskussion auslösen werden. Da die Grenzfriedenshefte ihre Aufgabe besonders auch darin sehen, Forum einer Debatte über die lebenswichtigen Fragen des Grenzlandes zu sein, wären Meinungsäußerungen sehr erwünscht.

(Die Red.)

WILLY-AUGUST LINNEMANN zur Uraufführung seines Films
„Grenzstadt Flensburg“ am 8. Mai 1968 in Kopenhagen

GRENZSTADT FLENSBURG

Flensburg wurde als Fischersiedlung gegründet. Später wurde es eine Hafenstadt und eine Rumstadt und entwickelte sich zur zweitgrößten Stadt im dänischen Gesamtstaat. Der Abstieg Flensburgs begann ernstlich nach der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, dem sogenannten Kieler Kanal. Am traurigsten war die Periode nach der Grenzziehung 1920, als die Stadt von einem großen Teil ihres Umlandes abgeschnitten wurde. Aber die Flensburger verloren nicht den Mut; sie behaupteten sich trotz aller Widerwärtigkeiten in der Lagune zwischen Dänemark und Deutschland. Nun haben sie endlich begriffen, daß die Stadt an einem Ende liegt, gleichviel, ob man vom Norden oder vom Süden kommt. Aber sie sind sich auch darüber klar geworden, daß Flensburg an der Grenze zwischen Dänemark und Deutschland, an der Grenze zwischen Skandinavien und Mitteleuropa und an der Grenze zwischen dem EFTA-Gebiet und der EWG liegt. Vor ganz wenigen Jahren erkannten sie diese neue großpolitische Situation, und sie haben plötzlich gelernt, die neue Handelspolitik, die die Staatsgrenze als wichtigste Voraussetzung hat, auszunutzen.

Flensburg ist eine Stadt, die sich in stürmischer Entwicklung befindet. Die früheren nationalen Streitigkeiten sind beinahe in eine Zusammenarbeit verwandelt worden, und zwar so, daß Dänisch- und Deutschgesinnte sich darin abwechseln, sich gegenseitig auf den meisten kulturellen Gebieten vorwärtszutreiben. Flensburg entwickelt sich in diesen Jahren von einer Handelsstadt zu einer Ausbildungsstadt, einer Großstadt mit etlichen Lehranstalten. Gleichzeitig entwickelt sich Flensburg zu einer Industriestadt, und zwar geschieht diese Industrialisierung nicht vorzugsweise von deutscher Seite, sondern von dänischer und anderer nordischer Seite.

Wettbewerb und Chancengleichheit im deutsch-dänischen Grenzgebiet

Die Frage der Chancengleichheit im nationalen Wettbewerb wurde für die dänische Minderheit von dem SSW-Vorsitzenden K. O. Meyer auf deren Landeskonferenz in Schleswig aufgeworfen. Er sieht sie nur in dem Verhältnis Minderheit—Mehrheit und lehnt die vergleichende Betrachtung dänische Minderheit diesseits der Grenze und deutsche Minderheit jenseits der Grenze ausdrücklich ab. Wir haben Rudolf Stehr, den Generalsekretär des BdN, gebeten, uns seinerseits eine Darstellung des Problems aus der Sicht der deutschen Nordschleswiger zu geben.

(Die Red.)

In dem Wort Wettbewerb liegt eine Programmklärung, im Wort Chancengleichheit eine Voraussetzung für die Realisierung des Programms. Hinsichtlich der Zielsetzung ist zunächst die Feststellung wichtig, daß die Nationalstaatsepoche als überwunden anzusehen ist, beziehungsweise, soweit dies noch nicht der Fall sein sollte, überwunden werden muß. In der Nationalstaatsepoche waren Volksgruppen ein Spannungsfaktor, und es bestand immer wieder die Gefahr der Isolierung gegenüber der Umwelt und gegenüber dem Staat. Eine solche Politik ist heute überholt, sie entspricht nicht den europäischen Erfordernissen. Die Aufgabe liegt heute in der Synthese zwischen Volk und Staat. Das bedeutet, auf die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig bezogen, die Aufgabe, die deutsche Volkszugehörigkeit in positiver Weise mit der dänischen Staatszugehörigkeit zu verbinden, das bedeutet Ablehnung der Isolation und Bekenntnis zu einer verbindenden Funktion.

Diese moderne Linie der Minderheitenpolitik wird erkennbar in der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945, wo nicht nur das Legalitätsprinzip, sondern darüber hinaus das Loyalitätsprinzip unterstrichen wird. Gleichzeitig wird in den Jahren nach 1945 ein Zusammenhang in der Entwicklung über die Grenze herüber wirksam. Die deutsche Minderheit erweist sich mit der von ihr entwickelten politischen Linie als Stabilisierungsfaktor in einer Zeit, in der die dänisch-orientierte Bewegung in Südschleswig bei den Landtagswahlen 1947 annähernd eine Stimmenzahl von 100 000 erreichte. Es läßt sich doch wohl feststellen, daß die deutsche Minderheit damals zu einer Befriedung und Normalisierung der Verhältnisse im gesamten schleswigschen Raum beigetragen hat.

Auch die Entwicklung der Beziehungen zwischen Dänemark und der Bundesrepublik ist für das Grenzland von Bedeutung. Die Minderheitenfragen sind in diesem Zusammenhang zu sehen, und umgekehrt hat auch die Entwicklung an der Grenze die deutsch-dänische Zusammenarbeit auf der staatlichen Ebene zum mindesten erleichtert.

Im März 1955 kam es zu den deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen und am 29. März zu den Minderheitenerklärungen, die als Grundgesetze für das Verhältnis der beiden Minderheiten im schleswigschen Raum ihren Staaten gegenüber anzusehen sind.

In der Erklärung der dänischen Regierung, die inhaltlich der Erklärung der Bundesrepublik entspricht, wird festgestellt, daß das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur frei ist und von Amts wegen nicht bestritten werden darf. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, wird anerkannt. Jeder Staatsbürger hat — so heißt es in der Erklärung — den gleichen Zugang zu jedem Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung. Es darf also kein Unterschied gemacht werden zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern. Dasselbe gilt für Unterstützungen und sonstige Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird.

Die Erklärungen können als Grundlage für den Wettbewerb im Grenzland angesehen werden, sie sind zugleich eine Aussage der Staaten über die Chancengleichheit ihrer Minderheiten. Mit den Erklärungen allein ist es aber selbstverständlich nicht getan, die Aufgabe besteht für alle Partner darin, die Erklärungen in die Praxis und das gesamte tägliche Leben im Grenzland umzusetzen. Die theoretische Erklärung muß zu einem ungeschriebenen, aber selbstverständlichen Lebensgesetz im Verhältnis der Minderheiten zur Mehrheit und zum Staate werden.

*

Untersuchen wir nun die Stellung der Volksgruppe zum dänischen Staat und im Rahmen der dänischen Gesellschaft, so ist auszugehen von der Bereitschaft bei voller Aufrechterhaltung der volklichen deutschen Gemeinschaft in allen Bereichen als Angehörige der Staatsbevölkerung mitzuwirken. Gegenüber dem dänischen Gesetzgeber liegen von der Volksgruppe aus gesehen folgende Aufgaben vor:

1. Wahrnehmung der speziellen Interessen der Minderheit.
2. Wahrnehmung von Interessen des Grenzraumes aus der Sicht der Volksgruppe und mit dem Schwerpunkt von der Grenze her.
3. Förderung guter deutsch-dänischer Beziehungen.
4. Teilnahme an der allgemeinen Gesetzgebung des Landes.

Der Schwerpunkt der Aufgaben würde bei den drei ersten Punkten liegen, während hinsichtlich des Punktes vier gelegentlich im Hinblick auf die soziale Struktur der Volksgruppe Zurückhaltung erforderlich sein kann.

Die Möglichkeit einer laufenden Mitwirkung an der dänischen Gesetzgebung ist naturgemäß am ehesten gewährleistet, wenn die Minderheit im Parlament selbst vertreten ist. Das ist zur Zeit für die dänische Minderheit im Landtag Schleswig-Holsteins der Fall und war für die deutsche Volksgruppe in der Zeit von 1953 bis 1964 gegeben. Und hier kommen wir nun zu einem ganz entscheidenden Punkt: Die formale Gleichheit vor dem Gesetz kann von der Sache her gesehen eine Benachteiligung einer Minderheit bedeuten. Das gilt auch für die Wahlgesetzgebung. Sperrklauseln, die der Parteizersplitterung entgegenarbeiten, können im Interesse einer Stabilität des parlamentarischen Systems durchaus angebracht sein. Die Anwendung einer Sperrklausel auf eine Minderheitenpartei wird aber den besonderen Verhältnissen einer solchen Gruppe nicht gerecht, so daß man sagen muß, daß dann in diesem Punkt die Chancengleichheit der Minderheit nicht mehr gewährleistet ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß den Interessen der kleineren Parteien beispielsweise durch das dänische System der Verteilung der Kreismandate teilweise Rechnung getragen wird. Auch bleibt natürlich die Notwendigkeit für eine Minderheit bestehen, den Anspruch auf eine parlamentarische Vertretung durch ein gewisses Mindestmaß an Stimmen nachzuweisen. Wo man dann diese Grenze setzen will, bleibe hier dahingestellt; jede Regelung muß sich naturgemäß unter Berücksichtigung der speziellen Lage einer Minderheit in den durch die Wahlgesetzgebung festgelegten allgemeinen Rahmen einfügen. Insgesamt gesehen darf man wohl davon ausgehen, daß die Vertretung einer Minderheit im Parlament letztlich auch den Interessen der Mehrheit und des Staates entspricht.

Wo dieser unmittelbare laufende Kontakt in der gesetzgebenden Körperschaft nicht mehr möglich ist, muß man dann auf anderweitige Lösungen in Form der Kontaktausschüsse zurückgreifen. Diese Lösungen sind noch auf ihre Effektivität zu überprüfen und weiter zu entwickeln.

Das Problem der Chancengleichheit tritt auch in anderen Gesetzen auf. Als Beispiel sei auf das dänische Büchereigesetz verwiesen, das die staatlichen Zuschüsse auf eine Bücherei je Bezirk begrenzt und damit den Verhältnissen im Grenzland nicht gerecht wird. Dem kann abgeholfen werden entweder durch eine Abänderung des Gesetzes oder durch Sonderbewilligungen, die der im Gesetz vorgesehenen Regelung entsprechen.

Hiermit ist die eine Seite der Chancengleichheit der Minderheit gegenüber dem Staat kurz angedeutet. Ebenso wichtig ist, daß das einzelne Mitglied der Volksgruppe in dem Berufsleben tatsächlich das Gefühl der Chancengleichheit hat und daß sich diese Chancengleichheit nicht nur bei Einstellungen durch den Staat,

sondern ganz generell in der Praxis durchsetzt. Auch in dieser Beziehung enthält die Minderheitenerklärung nicht nur ein Grundsatzprogramm, sondern eine Aufgabe, die ständig vorhanden und mit der laufend zu arbeiten ist.

Ein weiteres Kapitel der Chancengleichheit berührt die wirtschaftliche Entwicklung zu beiden Seiten der Grenze. Es gibt eine Rechtsangleichung innerhalb der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, und es gibt die Rechtsangleichung innerhalb der skandinavischen Staaten. Wichtiger für das Grenzland ist aber eine Rechtsangleichung, die sich auf den deutsch-dänischen Grenzraum erstreckt. Wichtiger ist, daß z. B. die Fragen der Arbeitserlaubnis, des Niederlassungsrechtes und des Grenzhandels so geregelt werden, daß gleiche Chancen im alten Herzogtum Schleswig geboten werden und daß beide Seiten gemeinschaftlich an der zusätzlichen Erschließung und Förderung des Gebietes arbeiten können. Die Schwierigkeiten, die sich solchen Bestrebungen entgegenstellen, sollen in keiner Weise verkannt werden, das entbindet aber nicht von der Aufgabe, nach dieser Richtung hin vorstellig und tätig zu sein.

Die Chancengleichheit hat dann darüber hinaus noch eine Seite, die sich auf das Verhältnis der Minderheit zu dem eigenen Volk bezieht. Sowohl die deutsche als auch die dänische Minderheit im schleswigschen Raum sind auf ideelle und materielle Unterstützung ihres Volkes angewiesen. In dem Augenblick, wo von der einen oder anderen Seite etwa unter Berufung auf „Europa“ die Berechtigung einer solchen Unterstützung in Frage gestellt würde, wäre eine Chancengleichheit im kulturellen volklichen Wettbewerb an der Grenze nicht mehr gegeben. Erfreulicherweise kann die Volksgruppe gerade in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sie eine Zielsetzung entwickelt hat, die europäischen Erfordernissen Rechnung trägt und auf eine verbindende Funktion ausgerichtet ist. Gleichzeitig muß sie auf die Stellungnahme des dänischen Partners im Grenzland hinweisen, wie sie u. a. auch gerade auf dem letzten Jahrestreffen der dänischen Minderheit zum Ausdruck gekommen ist. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Dänemark im staatlichen Bereich wird sicherlich allgemein anerkannt. Diese Zusammenarbeit im staatlichen Bereich erfordert nach dänischer Auffassung aber zugleich eine Verstärkung des Engagements auf der volklich-kulturellen Ebene im Grenzland. In dem Maße, wie die Bedeutung der Staatsgrenze zurücktritt, wächst, so erklärt man, die Notwendigkeit verstärkter volklich-kultureller Arbeit und einer Regionalförderung, die alle Lebensbereiche umfaßt. Die Auswirkungen dieser Einstellung sind in der praktischen Arbeit überall erkennbar. Die verstärkte dänische Aktivität kommt dem Grenzland zugute. Notwendig ist aber hier, daß von deutscher Seite auf jeden Fall ein Einsatz erfolgt, der die Chancengleichheit gewährleistet und damit auch in Zukunft die Grundlage für einen fruchtbaren Wettbewerb und kulturellen Austausch bietet. Ein solcher Wettbewerb kann sich

naturgemäß auch überschlagen, wünschenswert wäre es daher, wenn man auch schon aus finanziellen Gründen zu einer gewissen Koordinierung und zum mindesten zu einer Absprache hinsichtlich der Termine für Veranstaltungen überörtlicher Bedeutung kommen könnte. Das Ziel wäre ein gemeinschaftlicher Einsatz von beiden Seiten, der die These von der peripheren Lage des Grenzlandes für den volklich-kulturellen Bereich widerlegt.

K. O. MEYER ZUR FRAGE DER CHANCENGLEICHHEIT FÜR DIE DÄNISCHE MINDERHEIT

Die Chancengleichheit ist am besten gesichert, wenn wir eine klare Gesetzgebung für die kulturelle und soziale Arbeit hier im Lande bekommen. Wir wollen dies Problem mit den hierfür politisch Verantwortlichen laufend diskutieren und wir hoffen hier zu einem vernünftigen Resultat zu kommen.

Der deutschen Minderheit ist es unbenommen, mit den verantwortlichen Gremien auf der anderen Seite der Grenze über die sie betreffenden Probleme zu verhandeln. Vergleichende Betrachtungen hinken in diesem Zusammenhang und können nicht als Grundlage für ein Gespräch über die Chancengleichheit angesehen werden.

K. O. MEYER auf der Landestagung 1968 des SSW

HIER ERWARTEN WIR DEN EINSATZ ...

Im Hinblick auf die 1800 DM Zuschuß, die das Land Schleswig-Holstein für jeden Kindergarten ohne Rücksicht auf seine Größe leistet, sind wir uns klar darüber, daß man hier auf eine fehlende Chancengleichheit hinweisen kann. Aber das ist nicht nur der Fall in Beziehung zur dänischen Minderheit, sondern gilt für alle Gruppen der Bevölkerung. Wenn man z. B. einen Kindergarten nimmt, der von der katholischen Kirche eingerichtet worden ist, mit zwanzig Kindern, und einen mit vierzig Kindern, der von der evangelischen Kirche unterhalten wird, so kann man sagen, daß das Land für die katholische Kirche das Doppelte leistet gegenüber der evangelischen Kirche und so eine Chancengleichheit hier nicht gegeben ist.

Darum würde ein Kindergartengesetz, das z. B. festlegt, daß das Land ein Drittel, die Kommune ein Drittel und der Träger des Kindergartens das letzte Drittel aufbringt, für alle gleiche Chancen bringen. Das wäre von Nutzen für die Bevölkerung und zum Besten des Ganzen, da die Initiative, die von den verschiedenen Trägern ausgeht, so voll und ganz wirksam werden könnte.

Hier liegt der Kern des Problems und an keiner anderen Stelle. Laßt uns eine solche Lösung anstreben, anstatt eine Debatte in Gang zu bringen, die allzuleicht eine nationalistische Schlagseite bekommen könnte. Hier erwarten wir den Einsatz des Stadtrats und Landtagsabgeordneten Erwin Lingk.

„Flensburg Avis“ am 2. Mai 1968

Kindergartenarbeit und Chancengleichheit

Was die Zahlen sagen

Im März dieses Jahres habe ich in der „Korrespondenz Deutsches Schleswig“ (kds) unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit im Grenzland zu der Kindergartensituation in der Stadt Flensburg Stellung genommen. Dabei war zu vermerken, daß von den rund 2200 Plätzen, die in Flensburg zur Verfügung stehen, 72,5 Prozent in der Verwaltung deutscher Träger stehen, während 27,5 Prozent sich in der Trägerschaft des Dänischen Schulvereins befinden. Bezogen auf die errechneten Bevölkerungsanteile an Hand der Schülerzahlen in der Grundschule bzw. bei der Einschulung im Herbst 1967 betrug der Anteil dänisch orientierter Kinder in der Stadt Flensburg 9 bis 11 Prozent. Daraus ergab sich, daß auf 100 deutsche Kinder im Kindergartenalter 43 Plätze und auf 100 dänisch orientierte Kinder 130 Plätze zur Verfügung stehen.

Als Konsequenz hatte ich allen Verantwortlichen zu erwägen gegeben, wie unter dem Gesichtspunkt ausreichender Versorgung mit Kindergartenplätzen und der anzustrebenden Chancengleichheit im kulturellen und sozialen Wettbewerb an der Grenze Abhilfe geschaffen werden kann. Dabei verwies ich auf den gesetzlichen Anspruch nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, wonach „unter Berücksichtigung der verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung“ darauf hinzuwirken ist, „daß die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen ausreichend zur Verfügung stehen“.

Ferner kritisierte ich die Methoden der Landesregierung bei der von ihr vorgenommenen Förderung der Kindergartenarbeit. Sie stellte 1967 je Kindergarten 1.800 DM zur Verfügung (1968 sollen es 2.000 DM je Kindergarten sein). Die Zuschußgewährung je Kindergarten läßt die Zahl der Plätze unberücksichtigt und führt dazu, daß kleine Einrichtungen gegenüber größeren Kindergärten bevorzugt sind. In Flensburg ergab diese Förderungsweise 1967, daß die deutschen Träger (ohne die Stadt, die keine Landeszuweisungen erhält) für 11 Einrichtungen mit rund 850 Plätzen 19.800 DM erhielten, das sind 23,30 DM je Kind bzw. Platz, während auf den Dänischen Schulverein für 15 Kindergärten mit rund 600 Plätzen 27.000 DM entfielen, das sind 45 DM je Kind bzw. Platz. Diese scheinbar gleiche Förderung (einheitlicher Zuschuß je Kindergarten) nannte ich gedankenlose Gleichmacherei, die dem tatsächlichen Aufwand der Träger nicht gerecht wird. Ich verwies auf die bessere Handhabung durch die Stadt Flensburg, die in ihrer Förderungspraxis an alle Träger für jeden belegten Platz

einen Zuschuß von zur Zeit 65 DM jährlich zahlt.

Meine Ausführungen waren darauf gerichtet, an dem Beispiel eines kleinen Bereiches aufzuzeigen, daß unser Alltag an der Grenze sich immer neu Aufgaben stellend an uns wendet und davor warnt, sich in „Grenzlandträumereien“ zu verlieren, die allzuoft in den vielgehaltenen Sonntagsreden festzustellen sind. Dabei ist eines sicher: Es geht nicht darum, den dänischorientierten Bürgern etwas zu versagen, sondern bemüht zu sein, für die deutschen Bürger durch angemessene Leistungen zu schaffen, was die Minderheit in beispielhafter Weise für ihre Anhänger bereits erreicht hat.

Die Situation im Landesteil Schleswig

Die Reaktionen auf meinen Beitrag in der kds waren sehr zahlreich und verschieden. Erfreulich war, daß fast ausnahmslos bei der Wertung polemische Bemerkungen unterblieben. Das gibt die Hoffnung, unter allen Beteiligten sodann über Themen diskutieren zu können, die im Ausgleich der Interessenlagen an der Grenze noch ungelöst sind. Den Ausgleich sehe ich nicht nur in einem Zahlenverhältnis, das adäquat zu den Bevölkerungsanteilen ist, sondern auch in dem gemeinsamen Bemühen, für das Gesamtangebot einen möglichst hohen Wert zu finden. In dieses Bemühen sollten sich alle einbezogen fühlen, die in dem durch die Existenz der Minderheit bestimmten Raum für das Wohl der Bevölkerung Verantwortung tragen.

Es steht außer Frage, daß die Zahl der Kindergartenplätze im allgemeinen viel zu gering ist. In dem Memorandum zur Situation der Vorschulerziehung vom November 1967 stellt die Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge fest, daß nach Erhebungen, die im Zusammenhang mit der Großen Anfrage im Deutschen Bundestag über die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1966 angestellt wurden, nur für etwa 30 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder Plätze in Kindergärten einschließlich Kindertagesheimen in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen. Dagegen waren es bereits im Schuljahr 1963/64 in Belgien 91,3 Prozent und im Schuljahr 1964/65 in Frankreich etwa 70 Prozent, und in Italien lag der Anteil noch bei 50 Prozent.

Für Schleswig-Holstein war auf Grund der Großen Anfrage an die Bundesregierung 1967 festgestellt worden, daß für rund 242 000 Kinder im vorschulpflichtigen Alter 12 869 Plätze in Kindergärten zur Verfügung stehen, das ist 1 Platz für 19 Kinder. Im Lande beträgt die Zahl der drei- bis sechsjährigen Kinder etwa 135 000, und somit entfallen auf einen vorhandenen Kindergartenplatz fast 10 Kinder.

Die Zahl der Einrichtungen und Plätze schwankt in den Kreisen und kreisfreien Städten sehr, und so haben die für den Durchschnitt geltenden Zahlen einen

relativ geringen Aussagewert.

Im Landesteil Schleswig (ohne den nördlichen Teil des Kreises Rendsburg) gab es nach der veröffentlichten Statistik im Jahre 1966 insgesamt 100 Kindergärten. Davon waren 13 Prozent kommunale Einrichtungen, während 45 Prozent von freien deutschen Trägern unterhalten wurden. Der Dänische Schulverein hatte 42 Prozent der Kindergärten in seiner Regie. Dieser außerordentlich hohe Anteil dänischer Einrichtungen wirkt sich bei der Förderung durch das Land für den Träger natürlich sehr günstig aus, da er — wie oben dargestellt — einen festen Betrag je Einrichtung erhält. Vergleicht man die Zahl der Plätze, so verschiebt sich das Bild wie folgt:

Insgesamt waren im Landesteil Schleswig 5.119 Plätze vorhanden. Davon entfielen 1.105 auf die kommunalen Einrichtungen, 2.482 auf Einrichtungen der freien deutschen Träger und 1.532 auf Einrichtungen des dänischen Schulvereins. Der Anteil der kommunalen Plätze betrug also 21,5 Prozent, der Plätze freier Träger 48,5 Prozent und der Plätze des Dänischen Schulvereins 30,0 Prozent. Gleichwohl, wie man diese Zahlen betrachtet, sie zeigen in jedem Falle auf, daß der Anteil der dänischen Einrichtungen und Plätze, bezogen auf den dänischorientierten Bevölkerungsteil, höher liegt als der Anteil deutscher Einrichtungen und Plätze, bezogen auf die vorhandene deutsche Bevölkerung. Die Förderung durch das Land Schleswig-Holstein mit 2 000 DM je Einrichtung hat im Landesteil Schleswig zum Ergebnis, daß 90 000 DM an freie deutsche Träger gelangen, während die Kindergartenarbeit der Minderheit mit 84 000 DM gefördert wird. Auf den Kindergartenplätzen umgerechnet bedeutet das: die freien deutschen Träger erhalten im Jahr je Platz 36,25 DM, die dänische Minderheit hingegen erhält 54,80 DM je Platz.

Minderheit fordert Kindergartengesetz

In der Reaktion auf meine Ausführungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Kindergartenplätzen ist von der dänischen Minderheit die Forderung nach einem Kindergartengesetz erhoben worden. Darin sollte z. B. festgelegt werden, daß die Betriebskosten der Kindergärten zu je einem Drittel vom Land, von der Gemeinde und dem jeweiligen Träger zu tragen sind. Angeblich hätten dann alle die gleichen Chancen und das wäre zum Nutzen für die Bevölkerung, denn die Initiative der verschiedenen Kreise würde so für die Allgemeinheit nur von Vorteil sein. Man meint, daß eine Gesetzgebung allein klare und gerechte Verhältnisse schaffen kann und daß es Ungerechtigkeiten geben wird, solange das Kindergartengesetz fehlt. Die Vertreter dieser Auffassung machen es sich doch sehr leicht, denn sie weichen dem Kernproblem in Wirklichkeit aus. Das entscheidende Problem in der bisherigen Behandlung dieser Frage war nicht die finanzielle Abwicklung der Kindergartenarbeit, obwohl sie zu einseitigen Belastungen bzw. Entlastungen der

Kostenträger führte, soweit es sich um Landeszuschüsse handelt. Das Kernproblem ist und bleibt vielmehr die Notwendigkeit, für den großen Teil der Kinder, die wegen Platzmangel keine Aufnahme in Kindergärten finden können, entsprechende Einrichtungen zu schaffen. Von dieser Tatsache muß man ausgehen, wenn nach einer vernünftigen Regelung gesucht wird, und man würde den zweiten vor dem ersten Schritt tun, wenn man den laufenden Betrieb gesetzlich finanziell ordnen wollte, ohne durch Gesetz sicherstellen zu können, daß ausreichende Einrichtungen überhaupt zur Verfügung stehen.

Die Befürworter einer Gesetzgebung gehen wahrscheinlich von Regelungen aus, wie sie in Dänemark bestehen. Es ist aber unbestritten, daß die dänischen und deutschen Grundvoraussetzungen sehr unterschiedlich sind. Das gilt für die historische Entwicklung der Kindergartenarbeit wie für die Stellung der Selbstverwaltung in rechtlicher und finanzieller Hinsicht und auch für die Einflußnahme zentraler Behörden auf Organe und Maßnahmen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag berät die Kindergartensituation

Der Ausschuß für Volkswohlfahrt des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat sich in letzter Zeit wiederholt und eingehend mit der Kindergartensituation im Lande befaßt. Dabei standen die Fragen der ausreichenden Versorgung mit Kindergartenplätzen und die Förderung durch das Land im Vordergrund. Der Ausschuß wird voraussichtlich nach den Sommerferien das Thema mit dem Ziel vertiefen,

- a) zu klären, ob es möglich ist, für Schleswig-Holstein Richtzahlen zu erarbeiten, die hinreichend angeben, auf wieviel Kinder im Kindergartenalter ein Platz zur Verfügung stehen muß,
- b) zu untersuchen, in welcher Art und in welchem Umfang die vorschulische pädagogische Arbeit in den Kindergärten notwendig ist und welche Voraussetzungen dafür zu schaffen sind,
- c) zu prüfen, in welcher Weise die Förderung der Errichtung von Kindergärten und des laufenden Betriebes in den Einrichtungen durch das Land als zweckmäßig anzusehen ist.

Der Volkswohlfahrtsausschuß beabsichtigt, zu diesem Thema in Betracht kommende Fachleute und Vertreter der verschiedenen Trägerorganisationen zu hören. Damit tritt die Kindergartenarbeit im Lande in eine neue Phase. Es ist der Versuch, dem Gesetzgeber und allen Interessierten allgemein gültige Erkenntnisse zu vermitteln mit der Absicht, die notwendigen Folgerungen für Schleswig-Holstein daraus zu ziehen.

Der zuständige Landtagsausschuß wird sich dabei damit zu befassen haben, wieweit die Kindergärten noch als eine rein soziale Einrichtung zu betrachten sind oder ob sie zu dem erweiterten Bereich der Bildungseinrichtungen gehören und

welchen Bildungsauftrag sie haben. Aus der Definition des Standortes, den die Kindergartenarbeit im sozialen und pädagogischen Bereich eingenommen hat, müssen sich die Maßnahmen ableiten, die zu einer für alle anspruchsberechtigten Kinder tragbaren Lösung führen.

Ein Landesjugendplan ist notwendig

Seit geraumer Zeit habe ich als Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtages für die Sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß Schleswig-Holstein für die Jugendarbeit und -betreuung Zielvorstellungen entwickelt, die modern und zukunftsweisend sind. Solche Vorstellungen müssen gebündelt im Landeshaushalt ihren Niederschlag finden und durch den Landesgesetzgeber für längere Zeiträume festgelegt werden. Es muß möglich sein, daß alle interessierten Stellen im Lande ihre Dispositionen auf den Plan einstellen können, der für die Jugend dieses Landes geschaffen wird und aus dem sich notwendige Maßnahmen der einzelnen Träger ableiten lassen. Ein Landesjugendplan, an dessen Ausführung Land, Gemeinden und freie Träger von Jugendeinrichtungen beteiligt sein sollten, muß u. a. beinhalten:

- a) eine verstärkte Förderung der politischen Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein. Die politische Willensbildung ist zu pflegen, die kritische Betrachtung und Wertung der gesellschaftlichen, politischen und staatlichen Tatsachen und Entwicklungen anzuregen und zu stützen;
- b) den Ausbau internationaler Begegnungen, denn sie sind geeignet, Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Die geographische und politische Situation unseres Landes erfordert besondere Förderungsmaßnahmen für deutsch-skandinavische Jugendbegegnungen;
- c) die Schaffung von Voraussetzungen, daß die öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe über erforderliche Maßnahmen nach neuesten Erkenntnissen beraten werden. Modelle und Programme für zeitgemäße Bildungs- und Freizeiteinrichtungen werden den Trägern kostenlos zur Verfügung gestellt. Damit kann und soll verhindert werden, daß die verschiedenen Träger der Maßnahmen in ihren Vorhaben Fehler wiederholen, die bereits an anderer Stelle erkannt wurden;
- d) ein Finanzierungssystem, das jeden Träger von Jugendeinrichtungen in die Lage versetzt, den Umfang des eigenen finanziellen Beitrages genau zu erkennen und Maßnahmen unter Ausschaltung finanzieller Risiken durchzuführen. Der Anteil des Landes soll eine ausreichende Objektfinanzierung gewährleisten und ist verbindlich festzulegen;
- e) die Einrichtung von Fortbildungsmaßnahmen für hauptberufliche und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit. Das Angebot ist allen interessierten Trägern zugänglich zu machen, damit durch eine ausreichende

Wissensvermittlung die neuesten Erkenntnisse in der Jugendpflege und -betreuung für die Praxis nutzbar gemacht werden können.

In diesen Anregungen für einen Landesjugendplan sind natürlich auch die Belange der Kindergartenarbeit enthalten. In der Praxis müßte ein solcher Plan differenziert für die einzelnen Maßnahmen im breiten Feld der Jugendarbeit die angemessenen Forderungsarten festlegen. So wäre es möglich, für die Träger Anreize zu bieten, noch fehlende Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten. Ein solcher Plan böte auch die Möglichkeit, durch ausreichende Flexibilität die Vorhaben besonders zu fördern, in deren Wirkungsbereich größere Engpässe bestehen. Daß dazu gegenwärtig und für absehbare Zeit die Kindergartenarbeit gehört, steht außer Frage. Der Landesjugendwohlfahrtsausschuß wäre ein geeignetes Gremium, in dem permanent Umfang und Wirksamkeit des Landesjugendplanes beobachtet und beraten werden könnten.

Der Vollständigkeit halber sei abschließend darauf hingewiesen, daß zu einem Landesjugendplan auch die Spiel-, Sport- und Erholungsmaßnahmen gehören müßten, die im Bereich der Jugendarbeit liegen. Das gleiche gilt für alle Maßnahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe bei jungen Menschen und für Erziehungseinrichtungen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz. Ich konnte mich an dieser Stelle darauf beschränken, die Fakten anzuführen, die das Thema der Kinderartenarbeit berühren.

Meines Ermessens sind damit Hinweise gegeben, die zu einer wesentlichen Verbesserung in der Versorgung mit Kindergartenplätzen beitragen und die zu einer Objektivierung der Arbeit im Grenzland führen können. Wer sich ernsthaft und verantwortungsbewußt der Jugend annimmt und wem ein gutnachbarliches Verhältnis aller Menschen am Herzen liegt, den muß es betrüben, in einer Stellungnahme zu meinem kds-Beitrag zu lesen, daß die Betrachtung dieser Angelegenheit „zu leicht nationalpolitische Schlagseite bekommen kann“.

Ich meine, daß es nötig ist, die Reste nationalpolitischer Eierschalen restlos abzukratzen, damit man ungetrübt und zum Wohle aller Bürger in unserem Lande über das sprechen kann, was zur Daseinsvorsorge gehört und an dem mit gutem Recht alle Menschen teilhaben sollen.

*Zum Erscheinen des ersten Bandes
der d+d-Taschenbücher*

Ein Gedanke wurde verwirklicht

Die deutsch-dänische Diskussion ist um eine nuancenreiche Stimme bereichert worden. Der Flensburger Christian Wolff Verlag hat sich in anerkennenswerter Weise der gewiß schweren, aber auch verdienstvollen Aufgabe unterzogen, die vorerst mit sieben Bänden geplante Reihe der d+d-Taschenbücher zu verlegen. Diese befassen sich mit Deutschland und Dänemark in Vergangenheit und Gegenwart. Sie wenden sich an alle, die über die Grenzen schauen, mehr wissen und die gegenwärtigen Erscheinungen des Nachbarlandes aus Geschichte und allgemeiner Entwicklung heraus verstehen möchten.

(Der Nordschleswiger, 25. Mai 1928)

Dr. Hans Peter Johannsen wird froh gewesen sein, als am 24. Mai in einer Pressekonferenz in der Stadtbücherei Flensburg einem Kreis geladener Gäste von diesseits und jenseits der Grenze durch den Verlag Christian Wolff in Flensburg der erste Band der d+d-Taschenbücher, „Dänemark aktuell“, zusammengestellt von Jan E. Janssen, vorgelegt werden konnte. Wenn auch der genannte Verlag und der Flensburger Studienkreis (Deutscher Grenzverein, Grenzfriedensbund und Flensburger Volkshochschule), hier repräsentiert durch Innenminister Dr. Schlegelberger und Bibliotheksdirektor Dr. Johannsen, und Generalkonsul Prof. Dr. Troels Fink die Träger des anspruchsvollen Vorhabens sind, so wurde in der Pressekonferenz jedoch mehrfach und mit Recht betont, welch großen Anteil an der Herausgabe der d+d-Taschenbücher Dr. Johannsen neben den anderen Trägern und Förderern dieser neuen Form des deutsch-dänischen Dialogs hat. Daß derlei sich nicht so mir nichts dir nichts aus dem Ärmel schütteln und von einem Tag auf den andern verwirklichen läßt, daß zwischen dem ersten Gedanken und dem endlichen Resultat eine Menge Arbeit und Mühe liegt, wer wollte das bezweifeln, der nur ein wenig mit dem Buchgewerbe in Berührung gekommen ist.

*

Das Bemühen um das deutsch-dänische Gespräch, um den Dialog zweier Nationen hier im Grenzlande miteinander ist eine Sache, um die sich Dr. Johannsen nun durch mehr als eineinhalb Jahrzehnte unablässig und in immer neuen Formen und mit zunehmendem Erfolg bemüht hat. Es begann mit der Deutsch-Dänischen Buchausstellung 1952 in Flensburg; es folgten die ersten Flensburger Tage 1954, zunächst noch mehr zweiseitige Monologe als Dialoge;

dann wurde deutsche und dänische Gegenwartsliteratur in einem Sammelbande vorgestellt; der gleiche Gedanke wurde in dem Bildbande „Von der Elbe bis Skagen“ ins Optische übertragen; in den Handbüchern „Unser Nachbar im Norden“ und „Vor nabo mod syd“ stellten die beiden Länder sich gegenseitig einander vor — und nun folgte eine weitere Variation des gleichen Gedankens: die d+d-Taschenbücher“. Es ist erstaunlich, in wie vielfältiger Form und immer neuen Abwandlungen Dr. Johannsen diesen Gedanken, das deutsch-dänische Gespräch, mit immer neuen Kontrahenten aufgenommen und mit stetig wachsendem Erfolg verwirklicht hat.

Wenn die d+d-Taschenbücher in diesem Bemühen erfolgreich sein und eine Steigerung bedeuten würden, wäre das für alle gehabte und noch zu erwartende Mühe um die endgültige Verwirklichung für ihn sicher der beste Lohn. Den d+d-Taschenbüchern darum ein toi-toi-toi zum Beginn.

Ernst Beier

Dr. Schlegelberger zur Herausgabe der d+d-Taschenbücher

Die Herausgabe des ersten Bandes der d + d Taschenbücher geschieht auf Initiative des Flensburger Studienkreises (Deutscher Grenzverein, Grenzfriedensbund, Flensburger Volkshochschule). Hat der Studienkreis bisher in erster Linie die Mittwoch-Vorträge der Flensburger Volkshochschule mit der besonderen Thematik der deutsch-dänischen Begegnung und Diskussion gefördert, so bedeutet die Herausgabe dieser d+d-Taschenbücher mit dem jetzt vorliegenden ersten Band „Dänemark aktuell“ einen wichtigen Schritt nach vorn und in Neuland.

Dem Verlage Christian Wolff gebührt Dank, daß er auf dieses Vorhaben eingegangen ist. Seine Verwirklichung bedeutet in formaler und inhaltlicher Beziehung zweierlei:

Durch die Form (und den kleinen Preis) der Taschenbücher hoffen wir, Leser auf breiter Basis zu finden; durch den Inhalt der ersten Bände, d. h. durch die Themen und die Autoren, hoffen wir, die reiche Literatur unserer Landschaft um einen neuen Zug zu bereichern. Aus beiden Ländern vereinen sich hier an der Grenze Verfasser, die sowohl zu Fragen der engeren Grenzlandschaft als auch zu den großen Fragen der Gegenwart in beiden Völkern Stellung nehmen. Das ist in dieser ganz bewußten Zielsetzung neu. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß diese regionale und überregionale Literatur in dem konstruktiven Geiste, in dem die Vorbesprechungen unter allen Beteiligten geführt worden sind, ein unübersehbarer Beitrag in der reichen Kulturlandschaft an der Grenze und weit darüber hinaus in beiden Ländern werden wird.

Generalkonsul Prof. Dr. Troels Fink

sagte, daß eine Schwalbe (das d+d-Taschenbuch „Dänemark aktuell“) zwar noch keinen Sommer mache, aber ihr Anblick sei doch schön. Eine dänische Selbstdarstellung als Selbstzweck werde langweilig, doch in einem Brückenland zwischen zwei Staaten sei sie wertvoll, wenn sie auf Leser und Seher treffe. Die Gleichgültigkeit dem anderen gegenüber sei gefährlich, und gerade deshalb sei es gut und begrüßenswert, Wissen voneinander zu vermitteln und es auszutauschen.

Jan E. Janssen zu „Dänemark aktuell“

Zu dem Buch läßt sich wohl dieses sagen: Die Anregung zu der Aufsatzsammlung „Dänemark aktuell“ (d+d-Taschenbücher, Bd. 1) kam einigen deutschen Studenten und mir während eines Studienaufenthaltes in Kopenhagen im Winter 1965/66. Wir waren der Auffassung, daß in Deutschland ein Zuwenig an Information über die skandinavischen Länder, darunter auch Dänemark, geboten wird. Andererseits fanden wir in der dänischen Presse Aufsätze, die es wegen ihres Informationswertes verdienten, einem größeren Publikum zugänglich gemacht zu werden als der Handvoll Menschen, die in Deutschland regelmäßig dänische Zeitungen lesen. Ich wollte die wichtigsten Themen aus Politik, Sozialem und Kultur durch ein oder zwei Artikel vertreten sein lassen. Bei der Gestaltung des Buches ergab sich dann später eine Beschränkung des Umfanges, so daß einiges unter den Tisch fallen mußte. Ich habe versucht, möglichst verschiedene Federn zu berücksichtigen, um kein gleichtönendes Bild zu erhalten; schließlich habe ich mich bemüht, darauf zu achten, daß die Beiträge nicht allzu schnell veralten, ohne so allgemein gehalten zu sein, daß der aktuelle Bezug vollkommen verschwindet. Das war manchmal nicht leicht.

In unserem Lande besteht ein großes Interesse an Informationen aller Art, an Fakten und Tatsachen unserer Welt. Gerade die jungen Leute haben den Wunsch, sich Wissen über das Ausland anzueignen. Ich meine, daß sie hier in diesem Taschenbuch für den Anfang erst einmal eine Menge Wissenswertes erreichbar finden, auch wenn sie die dänische Sprache nicht beherrschen.

AUS DEM VORWORT ZU „DÄNEMARK AKTUELL“ - d+d-Taschenbücher Bd. 1

Politische Muster oder nicht — sofern diese Aufsatzsammlung eine pädagogische Komponente enthalten sollte, muß diese zurücktreten vor einem anderen Zweck: die

29 Aufsätze wollen nicht mehr und nicht weniger als den deutschen Lesern ein aktuelles Bild des heutigen Dänemark vermitteln, nicht in Form eines

Nachschlagewerkes, nicht in Form eines Gesamtrapportes, sondern durch eine Sammlung von Originalbeiträgen dänischer Autoren für dänische Leser. Alle Aufsätze, große und kleine, sind ursprünglich nicht mit der Absicht geschrieben worden, im Ausland gelesen zu werden. Sie sind Ausschnitte aus der laufenden Debatte, zusammengestellt aus Tageszeitungen, Zeitschriften und aktuellen Taschenbüchern. Diese Indiskretion ist einem Deutschen, der der Landessprache unkundig ist oder dem die Landespresse nicht zugänglich ist, nicht möglich. Indem wir aber so Gelegenheit geben, unserem Nachbarn über die Schulter zu gucken, hoffen wir, Einblicke zu erhalten, die uns sonst nicht möglich sind. Uns interessiert nicht zuletzt auch das, was in den offiziellen deutsch- oder englischsprachigen, eigens für uns verfaßten Publikationen nicht zur Sprache kommt. Statistisches Material und Fakten über Dänemark sind anderswo besser zu holen. (Es gibt vorzügliche Bücher und Hefte in deutscher Sprache wie z. B. das dunkelrote Handbuch des Außenministeriums.) Den Prozeß und die Resultate dessen, was man die öffentliche Debatte nennt, wird man am ehesten hier verfolgen können. Ein Hinweis: Was hier gesammelt wurde, kann nur eine Auswahl aus einem großen Material, eine Auswahl aus aktuellen Themen und Stoffen und eine Auswahl aus den in Dänemark erscheinenden Publikationen sein, zudem vorgenommen durch einen einzelnen Deutschen, der seine Eindrücke, sein Bild des Landes, seine Erfahrungen Pate stehen ließ für die Auswahl. Da ein getreues Bild der ganzen Vielfältigkeit des modernen Dänemark ohnehin unmöglich erscheint und diese Sammlung sich als Versuch verstanden wissen will, wird hier ein Teil dessen vermittelt, was ein junger Deutscher an Ideen, Erfahrungen und Anregungen

aus dem Lande mitgebracht hat. Andere mögen dieses oder jenes vermissen, anderes konträr bewerten. Das ist sogar zu hoffen. Obgleich alle Beiträge ausschließlich von Dänen stammen, wird die Auswahl möglicherweise vielen Dänen selbst als wunderlich erscheinen. „So sehen uns also die Deutschen, wenn sie dänische Zeitungen lesen.“ „Beileibe“, antworten wir, „ein Deutscher!“

Die Artikel sollen für sich selbst sprechen und sie können es auch. Wo sie geeignet sind, beim deutschen Leser zu Fehlinterpretationen zu führen, sind kurze Bemerkungen vorangestellt. Die Artikel sind weder gekürzt noch umgeschrieben worden. Der Leser wird schnell merken, daß sie recht unterschiedlich sind und aus den verschiedensten Federn stammen, aus verschiedenen politischen Lagern, von Wissenschaftlern und Laien, von Schriftstellern und Journalisten. Kein Autor will einen kanonischen, allein maßgeblichen Standpunkt verbreiten. Es sind prominente Namen darunter, aber auch weniger bekannte. Es sind Artikel, die rasch für einen aktuellen Anlaß geschrieben wurden, und andere, die weit ausholen und ihren Blick zum Teil bis an die Jahrhundertwende zurückrichten. Manche werden auch in Dänemark ihren dokumentarischen Wert behalten, andere sind vielleicht schon heute wieder vergessen.

Wenn diese Aufsätze ein Gemeinsames verbindet, so ist es die Idee der Debatte. Debatte ist ein Instrument und Kennzeichen der Demokratie in der Praxis. Sie ist kritisches öffentliches Gespräch in Rede und Antwort, allen apodiktischen Resümées fremd und grundsätzlich offen und revidierbar. Sie ist sachbezogen, und in ihrer skandinavischen Spielart von jener pragmatischen Simplität, die zwar die Theorie um der Theorie willen verschmätzt,

sie aber als Ausgangsbasis für eine vernünftige Veränderung von Verhältnissen gern benutzt. Debatte steckt mehr oder weniger in allen Beiträgen, ob als These oder als Antwort auf eine These. Sie macht den Charakter des Konkreten, des zugleich Praktischen und Utopischen der Aufsätze aus. Durch die Kleinheit des Landes und die Zentralisierung der Kultur in einer Millionenstadt ist die Debatte in Dänemark zugleich familiär — man kennt sich einfach — **und** unprovinziell. Eine Übersicht über die öffentliche Diskussion ist nicht so schwer wie in einem großen Land, und weil man sich gut kennt, ist es auch schwerer, aneinander vorbeizureden. Man hat den Eindruck, daß qualifizierte und realistische Beiträge alle Chancen haben, zu gesellschaftlichen Veränderungen zu führen.

Natürlich wird die vorliegende Sammlung

nicht nur Aussagen über Stil und Form der funktionierenden Demokratie in den Massenmedien vermitteln, sondern von ihrem Inhalt her auch einige Kenntnisse über unser Nachbarland geben, die unser Gesamtbild abrunden und ergänzen. Viele werden merken, daß wir in der Bundesrepublik ganz ähnliche Probleme wälzen, und hier Lösungsvorschläge finden, die neu sind. Andere Probleme kennen wir nur als periphere oder im Entstehungsstadium. Jedoch: fremd ist unser Nachbar uns keineswegs. Möge diese Sammlung mithelfen, daß er uns noch näher rückt.

Jan E. Janssen

d+d-Taschenbuch Bd. 1 „Dänemark aktuell“,
erschienen im Christian Wolff Verlag,
Flensburg 1968. 4,60 DM.

NEUE SCHLESWIGSCHE LITERATURBRIEFE

2 / 1968

Politische Gegenwartsfragen in Deutschland und Dänemark

Ausgewählte neuere Bücher

Zeitgenosse sein bedeutet daher, die Existenz- und Denkmöglichkeiten zu ermessen, die in der Menschengemeinschaft einer bestimmten Zeit liegen, um danach zu handeln.

Theodor Steltzer

In der Ankündigung des Programms der Neuen Schleswigschen Literaturbriefe sprachen wir über die Notwendigkeit zur Information und im besonderen über die Überwindung von Vorurteilen. Die zweite Ausgabe der Briefe nennt eine Reihe von Büchern, in denen über Grundfragen der Gesellschaft und über aktuelle Situationen der Politik in beiden Ländern diskutiert wird. Die Stichworte: Außerparlamentarische Opposition, Studentenunruhen, Nationale Rechte u. a. deuten die Schwerpunkte der gegenwärtigen literarischen Diskussion an. Aus der Fülle des Stoffes werden hierzu Bücher und Schriften genannt, die dem interessierten Leser die Möglichkeit der eigenen Orientierung bieten. Die Titellisten stellen heute wie auch künftig keine Meinungsäußerung der Redaktion dar, sondern wollen nur informieren und der Meinungsbildung jedes einzelnen Bürgers dienen.

Wir wenden uns an alle Leser der Grenzfriedenshefte, ganz besonders aber auch an interessierte Leser in der Stadt Flensburg, und weisen darauf hin, daß die hier verzeichneten deutschen Bücher in der Stadtbücherei an den Süderhofenden und die dänischen Titel in der Dansk Centralbibliothek in der Norderstraße entliehen werden können.

Wir danken den Bibliothekaren von Dansk Centralbibliothek für Rat und Hilfe bei der Auswahl der dänischen Titel. Hierzu noch ein Hinweis: Die Briefe sind überwiegend an deutsche Leser gerichtet, und das bedingt, daß in der Regel die Zahl der deutschen Buchtitel größer sein wird als die der dänischen. Im übrigen dürfte es einleuchtend sein, daß hier die Zahlen keinerlei besondere Bedeutung haben.

STUDENTEN 1968

Tatsache ist, daß es inzwischen eine starke Minorität gibt, die an einer dem Allgemeininteresse dieses Staates dienenden Hochschulreform überhaupt nicht interessiert ist:

Sie besteht aus den reaktionärsten Professoren und den revolutionärsten Studenten. Tatsache ist aber doch wohl auch, daß eine Gesellschaft sich selber aufgibt, die sich die wichtigsten Ausbildungsstätten für die nächste Generation zwischen Reaktion und Revolution zermahlen läßt. R. W. Leonhardt

Benneter, Klaus Uwe (Hrsg.):
Tage, die Berlin erschütterten.
Februar 1968.
Dokumente. 1968. 123 S.

Bergmann, Uwe; Dutschke, Rudi;
Lefèvre, Wolfgang; Rabehl, Bernd:
Rebellion der Studenten oder
Die neue Opposition. Eine Analyse. 1968.
182 S.

Bonner, Karl:
Deutschlands Jugend und das Erbe ihrer
Väter.
Wie skeptisch ist die junge Generation?
1967. 228 S.

Enzensberger, Hans-M.:
Kursbuch Bd. 12.
Studenten und Politik. 1968. 184 S.

Hermann, Kai:
Revolt der Studenten. 1967. 152 S.

Kaiser, Günther:
Randalierende Jugend.
Eine soziologische und kriminologische
Studie über die sogenannten Halbstarke.
1959. 271 S.

Mager, Friedrich; Spinnarke, Ulrich:
Was wollen die Studenten?
1967. 154 S.

Schönbohm, Wulf; Runge, J. B.;
Radunski, Peter:
Die herausgeforderte Demokratie.
Deutschlands Studenten zwischen Reform
und Revolution. 1968. 168 S.

Schoeps, Hans Julius;
Dannemann, Christopher (Hrsg.);
Die rebellierenden Studenten.
Elite der Demokratie oder Versuch eines
linken Faschismus? 172 S.

Seeliger, Rolf:
Außerparlamentarische Opposition. 200 S.

Tröger, Walter:
Jugend rebelliert — Was sagen die
Erzieher?
Tatsachen, Analysen und Überlegungen
zur Situation der heutigen Jugend.
1968. 208 S.

*

Da ein sehr wichtiger Teil der Debatten über
Studentenfragen in Zeitschriften und
Tageszeitungen stattgefunden hat und
stattfindet und da in offiziellen Gutachten
Universitäts- und Studentenprobleme
behandelt wurden, wird verwiesen auf

Avis-Kronik-Index
Betænkninger vedrørende høgere
uddannelse
Dansk Tidsskrift Index

POLITISCHE FRAGEN DER ZEIT

Kirchennation im Mittelalter, Staatsnation in der Neuzeit, muß sich die Nation in der Endzeit des gesellschaftlichen Zustandes zur Erziehungsnation umbilden, zur Gegenspielerin gegen die hemmungslose Verwirtschaftung des Menschen.

Eugen Rosenstock-Huessy

Das Mao Tse-Tung Brevier.

Der Katechismus der 700 Millionen.
1967. 205 S.

Ebert, Theodor:

Gewaltfreier Aufstand.
Alternative zum Bürgerkrieg. 1968. 408 S.

Gerstenmaier, Eugen:

Neuer Nationalismus?
Von der Wandlung der Deutschen.
1965. 136 S.

Marcuse, Herbert:

Triebstruktur und Gesellschaft.
1967. 271 S.

Mitscherlich, Alexander;

Mitscherlich, Margarete:
Die Unfähigkeit zu trauern.
Grundlagen kollektiven Verhaltens.
1967. 369 S.

Nolte, Ernst:

Die faschistischen Bewegungen.
Die Krise des liberalen Systems und die
Entwicklung der Faschismen. 1966. 333 S.
Richert, Ernst:
Die neue Gesellschaft in Ost und West.
1966. 398 S.

*

Favrholdt, David:

Filosofi og Samfund. 1968. 147 s.

Fjord Jensen, Johan:

Homo Manipulatus.
Essays omkring radikalismen. 1966. 236 s.

Forfatning og politisk struktur i andre lande.

Ved Niels Andren. 1967. 454 s.

Jensen, Knud W.:

Slaraffenland eller Utopia.
Artikler om velfærdsstatens kulturpolitik.
1966. 118 s.

Karup Pedersen, Ole:

Tendenser i international politik efter 1945.
Fra fast til løs bipolaritet. 1967, 267 s.

Krarup, Søren:

Demokratisme. En kritik. 1968. 123 s.

McLuhan, Marshall:

Mennesket og medierne. 1967. 395 s.

Ny-Radikalismen.

*En antologi. Udvalg og indledning ved Erik
Vagn Jensen. 1965. 201 s.*

NEUE RECHTSPARTEIEN IN DER BUNDESREPUBLIK

Duve, Freimut (Hrsg.):

Die Restauration entläßt ihre Kinder oder

Der Erfolg der Rechten in der
Bundesrepublik. 1968. 184 S.

Fetscher, Iring (Hrsg.):
Rechtsradikalismus. 1967. 253 S.
Hirsch, Kurt:
„Signale von rechts“.
100 Jahre Programme der Rechtsparteien.
1967. 163 S.

Jenke, Manfred:
Die nationale Rechte.
Parteien, Politiker, Publizisten.
1967. 227 S.

Jenke, Manfred:
Verschwörung von rechts? 1961. 396 S.

Maier, Hans:

Die NPD.
Struktur und Ideologie einer nationalen
Rechtspartei. 1967. 47 S.

Smoydzin, Werner:
NPD.
Geschichte und Umwelt einer Partei,
Analyse und Kritik. 1967. 281 S.
*

Lorenz, Einhart Olof:
Nynazisme i Vesttyskland. 1967. 80 s.

Rastén, Adolph:
Tyskland — hvad nu, 1967. 351 s.

Smoydzin, Werner:
Er NPD en nazistisk trussel? 1967. 92 s.

DEMOKRATIE AM ARBEITSPLATZ

Der Sinn des Arbeitsplatzes muß auf diese Weise entwickelt werden, so daß die Mitarbeiter sich durch die Betriebsgemeinschaft der kleinen demokratischen Gesellschaft verbunden fühlen, wo man den Arbeitsplatz nicht nur als ein notwendiges Übel betrachtet.

Hans Rasmussen, Vorsitzender von Dansk Smede- og Maskinearbejderforbund

Dahrendorf, Ralf:
Das Mitbestimmungsrecht in der deutschen
Sozialforschung. 1965. 106 S.

Friedl, Gerhard A.:
Gesellschaftspolitik in Deutschland.
Analyse und Ausblick. 1967. 175 S.

Hirsch-Weber, Wolfgang:
Von der Massenstreikdebatte zum Kampf
um das Mitbestimmungsrecht.
1959. 105 S.

Jacobi, Fritz:
Führen und Erziehen zur Mitbestimmung.
1966. 112 S.

Seifert, Jürgen:

Der Notstandsausschuß. 1968. 246 S.
*

Agersnap, Torben:
Arbejdslivets sociologi. 1963. 90 s.

Demokrati på arbejdspladsen.
Af Svend Hansen, K. Francis Madsen og
Ole Malmqvist. 1966. 134 s.

Goldschmidt, Verner:
Gruppe og samfund. 1962. 144 s.

Gorpe, Peter:
Moderne administration. 1967. 197 s.

Hansen, Bent:
Mennesket i maskinen.
Arbejdspladsens folk fortæller.

1962. 96 s.

Samarbejde og tillid.

Af A. Rautavaara og S. E. Kock.

1967. 256 s.

Arbejdsforhold —

historisk og aktuelt. (Ny udgave).

Redaktion: Villy Nielsen og Viggo Svane. 3.
udgave. 1966. 323 s.

Außerdem wird auf das Verzeichnis
„Demokratie am Arbeitsplatz — Aktuel
litteratur liste 1967/68 Nr. 5“ verwiesen.

STEINE DES ANSTOSSES

Just, Dieter:

Der Spiegel —

Arbeitsweise, Inhalt, Wirkung.

1967. 213 S.

Müller, Hans-Dieter:

Der Springer-Konzern.

Eine kritische Studie. 1968. 401 S.

Begrenzt – aber nicht „provinziell“

Die Mitgliederversammlung 1968 des Grenzfriedensbundes

Die stille und intensive Arbeit des Grenzfriedensbundes, die gemeinsamen Problemen der Deutschen und Dänen gewidmet ist, verdient im Rahmen der Bemühungen um die Einigung Europas eine besondere Würdigung. Hier geschieht etwas, das zwei Völkern dient und zugleich ein Baustein für Europa ist. Wer Europa einigen will, wird an dem Beitrag, der hier im Norden in aller Stille geleistet wird, nicht vorbeisehen können.

(Herbert Wehner)

Es ist zweifellos so, daß die „in der Stille“ geleistete Arbeit des Grenzfriedensbundes im Laufe der Jahre ihre Früchte getragen hat. Das heißt aber nicht, daß mehr oder weniger von selbst gekommen ist, was sowohl Deutsche als auch Dänen in bezug auf die Verhältnisse der beiden Minderheiten von einem „europäischen Modellfall“ reden läßt. Die sich hierum Jahr um Jahr bemüht haben, wissen das sehr genau. Weniger weiß es die Öffentlichkeit. Hier neigt man mehr und mehr dazu, die Probleme des Grenzlandes Schleswig als erledigt und darum uninteressant zu betrachten. Es passiert ja soviel Aufregenderes in der Welt. Das schließt jedoch nicht aus, daß diese Arbeit nach wie vor notwendig, ja daß sie die Voraussetzung dafür ist, daß wir wenigstens wegen der Grenzlandprobleme ruhig schlafen können und uns die Köpfe darum nicht mehr heißzureden brauchen, wie es vor noch gar nicht allzu vielen Jahren der Fall war.

Für diese Situation charakteristisch war auch der Besuch der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 4. Mai in Husum. Während die „Stillen im Lande“ zahlreicher als je erschienen waren, hatten manche „Offizielle“ offenbar andere und wichtigere Sorgen. Das sei hier nur ganz nebenbei konstatiert. (Grund: siehe oben!) Aber auch die Arbeit für ein friedliches Zusammenleben zweier Nationen im deutsch-dänischen Grenzraum kann nicht ganz ohne das Interesse der Öffentlichkeit mit Erfolg getan werden. Sicher ist dieses Tun politisch nur ein begrenztes, es ist aber keineswegs „provinziell“ in dem etwas abwertenden Sinne, in dem dieses Wort manchmal gebraucht wird. Das gilt sowohl, was den geographischen Raum anbelangt, als auch für den geistigen Bereich, in dem die Arbeit sich vollzieht, da es ja um den „europäischen Modellfall“ und seine Verwirklichung geht, was im Hinblick auf die weltweiten Probleme unserer Tage manchmal geringfügig erscheinen mag. Daß dies nicht zutrifft, machte sehr deutlich der geographisch begrenzte, darüber hinaus aber in die allgemeine wirtschaftliche Problematik unserer Tage vorstoßende Vortrag von

Professor Dr. Reimut Jochimsen (Universität Kiel) über die „Probleme der regionalen Strukturpolitik im schleswigschen Raum“ mit seinem ein wenig utopisch anmutenden Vorschlag einer europäischen Universität im Raume Flensburg an der deutsch-dänischen bzw. EWG-EFTA-Grenze. – Auch Theodor Storms „Husumeri“ ist sicher begrenzt, aber nicht „provinziell“, wie man nach Theodor Fontanes Ausspruch vermuten könnte, sondern reicht weit darüber hinaus, wie des Dichters allgemeine Geltung zeigt. In Wort und Bild – oder Bild und Wort – wie man's nehmen will, führte Rektor Hans Ahrensdorf, Langenhorn, die Teilnehmer der Mitgliederversammlung an die heute noch erhaltenen Stormstätten, in den provinziellen Lebensraum des Dichters, den dieser ins Allgemein menschliche erhöhte und so weit über die Provinz hinaus Bedeutung gewann und das ist etwas, das wir auch von der Arbeit des Grenzfriedensbundes wünschen und erhoffen.

Die Gedanken zur Situation im Grenzland und der Vortrag von Prof. Dr. Jochimsen sind an anderer Stelle in diesem Heft zu finden.

AUS DEM GESCHÄFTSBERICHT DES GRENZFRIEDENSBUNDES FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1967

Die Tätigkeit im Jahre 1967 hat sich gegenüber den Vorjahren nicht wesentlich geändert. Den Satzungen entsprechend standen die kulturellen und sozialen Arbeiten wie bisher im Mittelpunkt.

ALLGEMEINES

Der Vorstand trat zu fünf Sitzungen zusammen, in deren Mittelpunkt Beratungen über die schwierige Finanzlage standen. Es fanden je eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterwohlfahrt und dem Vorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger statt. Beide zeichneten sich durch eine lebhafte Aussprache aus und hatten ein fruchtbares Ergebnis. Anlässlich einer Vorstandssitzung in Bredstedt fand ein Besuch im Nordfriesischen Institut statt.

DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

die einen überaus großen Besuch aufzuweisen hatte, wurde am 15. April in Husum abgehalten.

Es wurde folgender Vorstand gewählt:

Bibliotheksdirektor Dr. Johannsen,

Flensburg, 1. Vorsitzender;

Korrektor Ernst Beier, Flensburg,

2. Vorsitzender;

Oberbürgermeister H. Adler, Flensburg;

Reg.-O.-Insp. a. D. Ernst Harms, Husum;
Dipl.-Bibliothekarin Martha Iwersen, Flensburg;
Minister a. D. Wilhelm Käber, Kiel;
Schriftsteller Franz Osterroth, Lübeck;
Rektor Heinz Schlüter, Flensburg als Beisitzer.

BESPRECHUNGEN

Vorstandsmitglied Oberbürgermeister Adler hatte Gelegenheit, einige Male mit dem Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner über Grenzlandbelange zu sprechen. Die Besprechungen haben sich günstig ausgewirkt. Darüber hinaus hat der 1. Vorsitzende verschiedentlich Gespräche mit Vertretern des Kultusministeriums in Kiel geführt. Ferner nahmen auch andere Vorstandsmitglieder an Einladung an Veranstaltungen der verschiedensten Organisationen teil. Erwähnt seien hier die Einweihung der Deutschen Bücherei in Apenrade, Vorweihnachtsfeiern der Arbeiterwohlfahrt mit alten Leuten, Sitzungen des Deutschen Grenzausschusses und des Grenzpolitischen Rats.

DIE MITGLIEDERBEWEGUNG

Es ist auch im Geschäftsjahr 1967 ein Zugang zu verzeichnen. Neu eingetreten sind 110 Mitglieder, wogegen 52 ausgeschieden sind. Die Mitgliederzahl ist somit um 58 von 1270 auf 1328 gestiegen.

DIE SOZIALE BETREUUNGSARBEIT

Auf sozialem Gebiet haben wir auch im Vorjahr Leistungen in erheblichem Umfange erbringen können. Es wurden 329 Einzelanträge und 7 Sammelanträge mit 134 Einzelanträgen gestellt. Die Einzelanträge kommen von Schulen, der Arbeiterwohlfahrt, Turn-, Sport- und Jugendverbänden und weiteren Organisationen und werden gestellt für eine Anzahl von minderbemittelten Teilnehmern von Veranstaltungen der verschiedensten Art. 15 Anträge mußten abgelehnt bzw. an andere Stellen weitergeleitet werden. Insgesamt wurden rund 114 000,- DM an Beihilfen ausgegeben, das sind rund 72% der Gesamtausgaben. Einen Überblick aus den Schwerpunkten dieser Arbeit geben nachfolgende Zahlen:

Zur Konfirmation konnten wir Beihilfen leider nicht geben, da uns zu der Zeit Mittel dafür nicht zur Verfügung standen. Dafür konnten wir zur *Schulentlassung* im Herbst 1967 Mittel hergeben in Höhe von 23 225,- DM, die verteilt wurden über 35 Ortsvereine der Arbeiterwohlfahrt an 407 Familien.

Bei Schulfahrten und Schullandheimaufenthalten unterstützten wir auf 131

Anträge von Schulen bei 3 452 Teilnehmern 712 Minderbemittelte mit 17 149,- DM bei Fahrten, auf 121 Anträge bei 2 847 Teilnehmern 596 mit 14 580,- DM bei Schullandheimaufenthalten. – Für sonstige Aufgaben der Schulen verausgabten wir 1 973,- DM. Zu Weihnachten konnten wir 25 Schulen als Beihilfe für minderbemittelte kinderreiche Familien 6545,- DM zur Verfügung stellen. Bedacht wurden 126 Familien.

Die Sport- und Turnvereine sowie die Jugendorganisationen konnten wir bei Fahrten und Lagern bei 1290 Teilnehmern für 314 Minderbemittelte mit 4360 DM bedenken. – Zu Weihnachten konnten wir ihnen über die Kreisjugendringe zur Beschaffung von Sport- und Turnkleidung, von Trachten u. ä. den Betrag von 11 500,- DM zuweisen. Es wurden 543 Vereinsangehörige aus 107 Vereinen bedacht.

Für Weihnachtsbeihilfen für Alte, Kranke, Gebrechliche und kinderreiche Familien bekam die Arbeiterwohlfahrt die Summe von 26 022,- DM, die von 33 Ortsvereinen teilweise in Form von Gutscheinen ausgegeben wurden, die zum Bezug von Textilien, Schuhwerk oder Lebensmitteln berechtigten, teilweise für Weihnachtsfeiern verwendet wurden, zu denen Alte und Einsame eingeladen wurden. Diese Art von Feiern finden immer mehr Anklang und werden sehr gut besucht.

Verschiedene Ortsvereine der Arbeiterwohlfahrt unternehmen in den Sommermonaten eine Fahrt mit Alten und Gebrechlichen mit anschließender Kaffeetafel. Wir halten diese Art von Betreuung für sehr angebracht und geben Zuschüsse zu den Unkosten.

KULTUR- UND KONTAKTARBEIT

Die Reihe der *Grenzfriedenshefte* wurde mit vier Heften fortgesetzt.

Es werden häufig Nummern früherer Jahrgänge bei uns angefordert. In der Regel wird jedes neue Heft sowohl in der Presse als auch mündlich lebhaft diskutiert.

In dem dänischen Verlag Skandia in Flensburg ist eine Auswahl von Artikeln aus den Grenzfriedensheften der Jahrgänge 1953/1967 in dänischer Sprache in einer Publikation „Vores egne vindver“ zusammengefaßt worden und im Herbst 1967 erschienen.

AUSBLICK AUF DIE ARBEIT IM JAHRE 1968

In der Überzeugung, daß wir mit unserer bisherigen Arbeit auf kulturellem und sozialem Gebiet auf dem richtigen Weg sind, werden wir sie unverändert fortsetzen.

An größeren Veranstaltungen ist eine Tagung mit dänischen und deutschen

Pädagogen geplant.

ANMERKUNGEN ZUM GESCHÄFTSBERICHT

ALLGEMEINES

Die Beratungen des Vorstandes standen im Zeichen der bis weit in den Ablauf des Arbeitsjahres hinein ungeklärten sehr schwierigen Finanzlage infolge der bekannten Situation der öffentlichen Haushalte. Wenn dann am Schluß des Jahres die Arbeit im gewohnten Umfange geleistet werden konnte, so deswegen, weil das Land Schleswig Holstein, durch das Kultusministerium repräsentiert, und das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen große Anstrengungen machten, um uns diese Arbeit zu ermöglichen. Dies mit herzlichem Dank an dieser Stelle auszusprechen, ist nicht eine herkömmliche Pflicht, sondern ein Bedürfnis, und hier darf ich einen Namen nennen: Herrn Ministerialdirigent Dr. Grothusen. Er teilt nicht nur unsere Sorgen, sondern hilft oft täglich, sie zu überwinden. Ich bin sicher, daß ich dies auch im Namen der anderen Grenzverbände heute hier mit Dank feststellen darf.

MITGLIEDERWERBUNG

Wie immer bitten wir, den Vorgängen der Mitgliederbewegung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Mit 1 328 Mitgliedern erreichten wir die höchste Zahl seit der Gründung. Das ist beachtlich, aber nicht genug. Wieder dürfen wir an alle die Bitte richten: Bringen Sie uns jeder im kommenden Jahr ein Mitglied, das dürfte nicht schwer sein. Wir hätten dann unsere Zahl verdoppelt und könnten mit noch größerem Gewicht unsere Stimme zu Fragen der Heimat erheben.

SOZIALARBEIT

Wiederum entfielen über 70% unserer Gesamtausgaben auf die Sozialarbeit. Hier war anfangs die Lage recht sorgenvoll. Ich möchte an dieser Stelle feststellen, daß diejenigen, die da meinen, im Zeitalter des Wohlfahrtsstaates oder der Vollbeschäftigung sei unsere Sozialarbeit nicht mehr recht sinnvoll, sich in einem Irrtum befinden.

Ich erinnere an das Wort des Dichters, daß wir nur die im Lichte sehen, die im Dunklen aber nicht. Ich will daran erinnern, daß es nicht nur die bekannten Lücken der Sozialgesetzgebung gibt, die wir im einzelnen gelegentlich ausfüllen können, sondern daß wir in der Geschäftsstelle leider Gelegenheit haben, viel stille, wirkliche Not kennenzulernen, daß wir sie gottlob unbürokratisch etwas lindern können und daß wir Kindern und Alten ohne Phrase zeigen können, daß sie alle dazugehören – zur Gemeinschaft der Deutschen im Grenzlande.

KULTUR- UND KONTAKTARBEIT

In dem dänischen Verlag Skandia in Flensburg ist auf dänische Initiative eine Auswahl von Artikeln aus den Grenzfriedensheften der Jahrgänge 1953/1966 in dänischer Sprache in einer Publikation „Vores egne vindver“ zusammengefaßt

worden und im Herbst 1967 erschienen. Das Buch findet nach unseren Unterrichtungen guten Absatz in dänischen Kreisen. Wir verzeichnen dankbar gerade dieses Echo als die Frucht unserer konsequenten Bemühungen um ein positives Nachbarverhältnis im Grenzland. Das Erscheinen dieser Publikation muß sehr hoch bewertet werden, war doch in der bewegten Geschichte der deutsch-dänischen Spannungen seit 1848 leider mehr zu verzeichnen, daß man gegeneinander und aneinander vorbeiredete, statt miteinander zu reden. In diesem Zusammenhang darf auch erwähnt werden, daß in der Zeitschrift „Grænse vagten“, also der Zeitschrift des großen dänischen Grenzvereins (Grænseforeningen) aus der Feder des Redakteurs, Dr. la Cour, mehrere Aufsätze erschienen sind, die sich mit den Grenzfriedensheften bzw. mit den dort vorgetragenen Gedanken über das Schleswigertum befassen.

Dr. Hans Peter Johannsen zum 60. Geburtstag

Seit der Gründung des Grenzfriedensbundes im Jahre 1950 gehört Dr. Hans Peter Johannsen seinem Vorstande an, seit 1961 als dessen Vorsitzender in der Nachfolge Jens Nydahls. Beide sind Nordschleswiger, beide stammen von der Geest, ihre Heimatorte liegen beieinander. Manches Gespräch des einen mit dem anderen kreiste um diese ihre engste Heimat und deren Einfluß auf ihren Lebensweg. Stark geprägt sind beide – trotz des Generationsunterschiedes – von den zwanziger Jahren, von der Abstimmungszeit mit ihrer die Gemüter so tief bewegenden Auseinandersetzung um die neue Staatsgrenze zwischen Deutschland und Dänemark, um das Bekenntnis der Zugehörigkeit zu der deutschen oder der dänischen Nation.

Während Jens Nydahl sich sehr frühzeitig politisch engagierte, ein Mann der Politik war und sein wollte, pflegt Hans Peter Johannsen im privaten Gespräch zu sagen, daß er von Politik nichts verstehe – was ihm angesichts seines erfolgreichen Wirkens jedenfalls auf dem Gebiete der Grenzpolitik niemand recht glauben wird. Er selbst meint es, wenn er es sagt, wohl auch nicht so ganz ernst damit und möchte nur den Widerspruch herauslocken.

Zweifellos ist sein politischer Stil – bei weitgehender Übereinstimmung im Grundsätzlichen – ein anderer als es der seines nun nicht mehr unter den Lebenden weilenden Vorgängers war. War Jens Nydahl – bei aller ideellen Bindung an die SPD – in seinem politischen Handeln zweifellos ein Pragmatiker, so ist es Dr. Johannsen bei seiner sehr viel reservierteren Haltung politischen Doktrinen und Festlegungen gegenüber in noch stärkerem Maße. Das mag nur demjenigen als ein Manko erscheinen, dem ideologische Bindungen und ein

politisches Engagement im Rahmen der bestehenden politischen Parteien als das einzig Gegebene erscheinen.

Darum ist der freie Raum zwischen den festen politischen Gruppierungen das eigentliche Feld seines Wirkens: nach allen Seiten seine grenzpolitischen Anschauungen abgewogen und taktvoll vertretend und so manches zuwege bringend, das anderen kaum oder doch sehr viel schwerer gelingen würde. Seine Stellung zwischen den politischen Fronten und sein entsprechendes geistiges und menschliches Engagement bringt es mit sich, daß Dr. Johannsen ein besonderes Gespür für die Zwischentöne in der Auseinandersetzung um das nationale Gepräge Schleswigs hat, immer wieder auf sie hinweist und das deutsch-dänische Gespräch, den Dialog zweier Nationalitäten miteinander quasi zu seinem grenzpolitischen Leitmotiv gemacht hat. Daß der Strom der Zeit heute in der gleichen Richtung läuft und im Grenzfriedensbund sich Menschen fanden, die sich gleichermaßen um die Wiederanknüpfung verlorengegangener Kontakte bemühten, kam Dr. Johannsen zweifellos zustatten, schmälert aber nicht seine ganz großen Verdienste um dieses Beginnen. Charakteristisch für Dr. Johannsen ist auch seine gegen seinen Willen ein so starkes Echo auslösende Definition des Schleswigertums, die er selbst nur als ein ganz persönliches Bekenntnis zu seiner deutsch-dänisch geprägten Heimat aufgefaßt wissen wollte, keineswegs aber als politisches Programm – etwa des Grenzfriedensbundes. An ein Schleswigertum als „Bewegung“ hat er nie gedacht.

Aus alledem ergibt sich, daß die Politik im engeren Sinne, das, was man gemeinhin Tagespolitik nennt, nicht sein Fall ist, ja daß sie ihn eher irritiert. Der politische Stil der Volksversammlung ist nichts für ihn; was er dafür aber um so besser beherrscht, ist das Gespräch in kleinen Kreise, in dem ein Gutteil seines Wirkens beschlossen liegt: das Gespräch, das ihm wohl politisches Mittel, aber in weit stärkerem Maße geistiges Bedürfnis ist.

Das alles ist sicher sehr subjektiv und sehr einseitig gesehen – der Mensch ist ein sehr komplexes Wesen und läßt sich nicht auf eine Formel bringen – und Dr. Hans Peter Johannsen schon gar nicht – ich weiß es. Der Grenzfriedensbund wünscht seinem langjährigen Ersten Vorsitzenden zu seinem 60. Geburtstag nicht nur weiter ein erfolgreiches Wirken für die gemeinsame Sache, sondern vor allem gute Gesundheit, die die Voraussetzung für seine Arbeit im Interesse der schleswigschen Heimat ist.

Ernst Beier

Prof. Franz Siegfriedt 75 Jahre

Das langjährige Vorstandsmitglied im Grenzfriedensbund, Prof. Franz Siegfriedt, konnte am 5. Mai seinen 75. Geburtstag feiern. An den Dingen der Allgemeinheit lebhaft interessiert und ehrenamtlich besonders für die Interessen der Stadt und des Kreises Husum eintretend, nahm Professor Siegfriedt auch lebhaften Anteil an den Bestrebungen des Grenzfriedensbundes. Vor einiger Zeit ist er nach Bad Dürkheim verzogen, wo er seinen Lebensabend verbringt.

Wilhelm Müller wurde 70 Jahre alt

Seit 1961 Vorsitzender der ADS

Am 3. Mai konnte Wilhelm Müller, der Vorsitzende der ADS, seinen 70. Geburtstag feiern. 1898 in Flensburg geboren, zog er nach seinem Abitur als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg. 1922 trat er nach Abschluß einer kaufmännischen Lehre als Mitinhaber in den seit Generationen in Flensburg ansässigen Familienbetrieb, die Baustoff- und Brennstoff-Firma G. W. Müller, ein und übernahm 1929 nach dem Tode seines Vaters die Leitung derselben. In vielen Ehrenämtern, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft, tätig, galt sein besonderes Interesse auch der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig ADS, deren Vorsitzender er seit 1961 ist und in der er sich besonders der Sozialarbeit angenommen hat (Kindergärten usw.). Auch dem Vorstand des Grenzpolitischen Rats gehört er an. – Dr. Johannsen überbrachte dem Geburtstagskinde die Glückwünsche des Grenzfriedensbundes.

„Der gute Wille im Grenzland“

war das Thema einer dreiviertelstündigen Sendung des dänischen Rundfunks am Sonnabend, dem 25. Mai, um 21 Uhr, die über LW, MW und UKW ausgestrahlt wurde. Wie schon der Titel sagt, war das Thema der Sendung der gute Wille im Grenzlande zum gegenseitigen Verständnis, das Bestreben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Außer Vertretern der dänischen Minderheit kamen in dem zum Teil zweisprachig geführten Interview mit dem dänischen Reporter Sigfred Jespersen der Vorsitzende der Flensburger Donnerstags-Gesellschaft, Amtsgerichtsrat Johs.-H. Meyer, zum Wort und für den Grenzfriedensbund Dr. Hans Peter Johannsen und Ernst Beier. Das mit den letzteren geführte Gespräch berührte besonders die politischen Voraussetzungen der Gründung des Grenzfriedensbundes, das Verhältnis zur SPD, das Bemühen um das deutsch dänische Gespräch, die soziale Arbeit und den auf dänischer Seite einmal gehegten Verdacht des „Seelenkaufs“, die kulturelle Linie des Grenzfriedensbundes und die Frage nach dem journalistischen Stil der Grenzfriedenshefte (zu akademisch?).

Willy-August Linnemanns Film „Grenzstadt Flensburg“

Willy-August Linnemanns Film über die Grenzstadt Flensburg (Produktion: Minerva-Film-Gesellschaft Kopenhagen) wurde bei der deutschen Erstaufführung am 10. Mai in Flensburg (Uraufführung einige Tage vorher in Kopenhagen) vor zahlreichen deutschen und dänischen Vertretern des öffentlichen Lebens bei dem anschließenden Empfang im Bürgersaal des Rathauses von Stadtpräsident Dr. Leon Jensen gelobt: „Es sei dem Film gelungen, die Stadt Flensburg objektiv darzustellen und Charakter und Atmosphäre der Grenzstadt einzufangen.“ Ein wenig reservierter in Hinsicht auf die Objektivität des Films äußerte sich der Berichterstatter des Flensburger Tageblatts, wenn er schreibt: „Es ist ein Streifen *dänischer* Produktion (das wird und will er vermutlich auch gar nicht leugnen); gerade deswegen ist die spürbare Absicht, objektiv zu sein, besonders anzuerkennen.“ Und als ich nach meinem Eindruck von dem Film gefragt und dabei gerade auf die Objektivität desselben hingewiesen wurde, da mußte ich zur großen Verwunderung meines Gesprächspartners lebhaft widersprechen. Nein! Der Film hat sicher seine Qualitäten, objektiv aber ist er bestimmt nicht; ich glaube auch nicht, daß Linnemann einen solchen hat machen wollen ! Für mich ist er genau ein Linnemann-Film, ein Film, wie der in Harrisleefeld beheimatete dänischgesinnte Südschleswiger „seine“ Stadt Flensburg sieht: ein wenig vom Rande her, eben von Harrisleefeld aus, ein wenig von der Grenze her, nicht vom Zentrum der Stadt her gesehen. Trotz der Zweisprachigkeit des Films, trotz des Sowohlalsauch dänischer und deutscher Einrichtungen der Stadt, die als Pendants gezeigt werden, spürt man genau, welches nationale Herz in dem Verfasser des Drehbuchs schlägt. Ich meine, daß muß deutlich gesehen werden, wenn man dem Film und seinem Autor Gerechtigkeit widerfahren lassen will. Die Frage nach seiner Objektivität führt zu nichts. Linnemanns Film ist ein Film von der Grenzstadt Flensburg, mit seinen Augen gesehen, den liebend-kritischen Augen eines südschleswigischen Dänen. Ein Film der Stadt, von einem Deutschen gemacht, würde anders aussehen. Das es so ist, aber macht gerade das Wesen der Grenzstadt Flensburg aus.

Ernst Beier

Der neue Kontaktausschuß in Kopenhagen wurde ernannt

Mitte Mai wurden vom dänischen Staatsminister die Mitglieder des neuen und damit dritten Kontaktausschusses ernannt. Er setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender: Staatsminister Hilmar Baunsgaard. 2. Vorsitzender: Innenminister Poul Sörensen. Für die sozialdemokratische Folketingsfraktion: Folketingsabgeordneter Peter Gorrsen und Innenminister a. D. Hans Häkkerup.

Für die Folketingsfraktion der Konservativen Volkspartei: Die Abgeordneten Erik Haunstrup Clemmensen und Johs. Burgdorf. Für die Venstre-Folketingsfraktion: Die Abgeordneten Simon From und Johan Philipsen. Für die Fraktion der Radikalen Venstre Partei: Die Abgeordneten Jens P. Jensen (Aggerschau) und Jens Bilgrav-Nielsen. Für die Fraktion der Sozialistischen Volkspartei: Die Abgeordneten Axel Larsen und Gunhild Due. Für die Fraktion der Linksozialisten: Die Abgeordneten Kai Moltke und Svend Kjær Rasmussen. Für die deutsche Minderheit: Hauptvorsitzender des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hofbesitzer Harro Marquardsen, Amtratsmitglied Schulrat Arthur Lessow und Redakteur und Ratsherr Jes Schmidt. Sekretär des Ausschusses: Kontorchef T. V. Brockmeyer vom Innenministerium.

Zu der Ernennung schrieb der „Nordschleswiger“ (15. Mai 1968):

Den bisherigen beiden Kontaktausschüssen blieb auf Grund der verschiedenen Folketingswahlen praktisch nur eine nach Monaten zählende Arbeitszeit. Angesichts der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im Folketing besteht beim dritten Ausschuß die Aussicht auf eine mehrjährige Arbeitsperiode. Das wiederum berechtigt zu der Hoffnung, daß es endlich gelingt, eine Reihe von wichtigen Fragen bis zu einem positiven Ergebnis zu führen. Das gilt hinsichtlich der Wahlrechtsordnung und der Sperrklausel genauso wie bezüglich der Ungerechtigkeiten in der Behandlung der deutschen Rentenfragen. Denkt man an die Weiterentwicklung der deutsch-dänischen Minderheitenregelung, erscheint es ebenfalls von Bedeutung, daß nun eine gewisse Arbeitsruhe in Sicht ist.

Gedenkfeiern des Jahres 1970 in Vorbereitung

Das Jahr 1970 wirft seine Schatten voraus. Es bringt die 50-Jahr-Feiern für die Grenzziehung von 1920. Dänischerseits sind die Vorbereitungen bereits seit längerer Zeit in vollem Gange. Deutscherseits läuft die Planung des Gedenkjahres erst an. Soweit bisher zu erkennen ist, möchte der Bund deutscher Nordschleswiger die Aufgabenstellung einer nationalen Minderheit in den Vordergrund stellen, selbstverständlich verbunden mit dem Rückblick auf fünfzig Jahre deutsche Minderheit in Dänemark.

Es kann sich beim Gedenkjahr 1970 natürlich nicht um eine Angelegenheit einzelner Verbände handeln, denn wir haben es mit der Grenzziehung von 1920 und mit der seitdem entwickelten Minderheitenordnung mit einem Vorgang zu tun, der nicht nur für das Grenzland selbst, sondern für Dänemark und für ganz Deutschland von Bedeutung ist. Nirgends sonst in den Abstimmungsgebieten von 1920 ist, allen Erschütterungen zum Trotz, eine derartige Beständigkeit zu verzeichnen, wie im Schleswigschen Raum. Nirgends sonst findet man so starke Ansätze für eine moderne, europäische Minderheitenregelung, die sich

entschieden von dem oft unglückseligen Ringen des 19. Jahrhunderts und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts abhebt.

Erinnerungsfeiern des Jahres 1970 können weder das deutsch-dänische Verhältnis von heute belasten noch Irritation schaffen, wohl aber sind sie eine Gelegenheit, nicht zuletzt der jungen Generation vor Augen zu führen, daß volkliche Arbeit im Grenzland nicht ein Rudiment aus dem 19. Jahrhundert, sondern, in europäischer Perspektive gesehen, eine Angelegenheit brennender Aktualität ist.

Aus „Der Nordschleswiger“

Beitragszahlung 1968

Der Jahresbeitrag für 1968, soweit er 2,- DM übersteigt, ist fällig. Es wird um baldige Überweisung auf eines unserer folgenden Konten gebeten:

Nr. 114 07 beim Postscheckamt Hamburg.

Nr. 1386 bei der Kreissparkasse Husum

In den Vorjahren waren stets viele Mahnungen neben den Hinweisen in den Grenzfriedensheften erforderlich. Es wird gebeten, uns die Arbeit und die Kosten, die dadurch entstehen, zu ersparen. Zu empfehlen ist, dem Geldinstitut einen Dauerauftrag zu geben.

Wohnungswechsel und Zustellung der Grenzfriedenshefte

Ein Wohnungswechsel hat im allgemeinen eine Verzögerung in der Zustellung der Grenzfriedenshefte zur Folge. Es wird daher gebeten, nach einem Wohnungswechsel dem bisherigen Postamt und uns unter Angabe der früheren Anschrift die neue mitzuteilen.

Überzählige Grenzriedenshefte

Es werden bei uns häufig Grenzriedenshefte früherer Jahrgänge angefordert. Wir können den geäußerten Wünschen nicht immer entsprechen, da uns verschiedene Nummern ausgegangen sind.

Es wird daher gebeten, etwa entbehrliche Stücke der Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9, zuzusenden.